

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2024 01

GOVERNANCE

Schwache Strafverfolgung
erodiert Vertrauen in den
mexikanischen Staat

IDENTITÄTSPOLITIK

In Indien verfolgt die
regierende BJP-Partei
eine autoritäre Ideologie

GAZA-KRIEG

Prominente jüdische
Stimmen kritisieren
Israels Premierminister



Frühe Kindheit

Editorial

- 3 **KATHARINA WILHELM OTIENO**
Die ersten Jahre nach der Geburt sind entscheidend

Magazin

- 4 **VIRGINIA MERCADO**
Mangelnde Strafverfolgung schwächt in Mexiko das Vertrauen in den Staat
- 6 **SUPARNA BANERJEE**
Eine kurze Geschichte des Hindu-Chauvinismus
- 8 **HANS DEMBOWSKI**
Prominente jüdische Stimmen üben scharfe Kritik an Israels Premierminister Benjamin Netanjahu
- 11 **INTERVIEW MIT KAI AMBOS**
Der Gaza-Krieg und das humanitäre Völkerrecht
- 13 **MARTINA RIEKEN**
In Bosnien und Herzegowina sind die Gräben weiterhin tief
- 15 **MIREILLE KANYANGE / IMPRESSUM**
Heutzutage: Teebauern in Burundi fordern höhere Abnahmepreise

Debatte

- 17 **HANS DEMBOWSKI**
Zu wenig, zu spät – ernüchternde Bilanz der Klimakonferenzen

- 18 **ÅSA MÅNSSON UND LUKAS GOLTERMANN**
Die Bundesregierung sollte nicht bei Entwicklungsgeldern und Nothilfe kürzen

- 19 **LESERBRIEFE**
Zuschriften zu den Themen ländliche Entwicklung und Biodiversität

Schwerpunkt: Frühe Kindheit

- 22 **INTERVIEW MIT DÉDÉ FALL**
Welche Ratschläge eine Expertin jungen Müttern im Senegal erteilt
- 24 **BENJAMIN M. KAGINA**
Impfkampagnen erreichen mehr Kinder als je zuvor
- 26 **INTERVIEW MIT DAVID LANCY**
Kulturelle Unterschiede bei der Kindererziehung – und weshalb sie international im Wandel ist
- 28 **ROLI MAHAJAN**
Verschiedene aktuelle Publikationen beschäftigen sich mit früher Kindheit
- 30 **INTERVIEW MIT JANE NAFULA**
Eine Mutter in einem SOS-Kinderdorf gibt Einblicke, wie sie sich um junge, benachteiligte Kinder kümmert
- 32 **LEON KIRSCHGENS**
Gute Vorschulbildung verbessert die Chancen für Kinder mit Migrationsgeschichte in Deutschland

SCHWERPUNKT

Frühe Kindheit

Die ersten acht Jahre nach der Geburt beeinflussen entscheidend die weitere Entwicklung eines Menschen, sowohl physisch als auch mental, emotional und sozial. Die Chancen eines Kindes sind gut, wenn es sich geborgen fühlt, seine Bedürfnisse gestillt werden und es selbstbewusst seine Umwelt erkunden kann. Eltern und andere Bezugspersonen tragen eine große Verantwortung, um solche Bedingungen herzustellen. Für die Zukunft unserer Spezies – und für das Erreichen der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung – sollten möglichst viele Kinder in einer solchen Umgebung aufwachsen.

Titelseite: Schluckimpfung gegen Polio in Malawi.
Foto: picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Thoko Chikondi





Unser Schwerpunkt zum Thema Frühe Kindheit beginnt auf Seite 21. Er hat direkten Bezug zum 2., 3. und 4. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Kein Hunger, Gesundheit und Wohlergehen und Hochwertige Bildung.

Zudem bestehen Verbindungen zu weiteren SDGs.

Ein guter Anfang

Was in den ersten Jahren eines Lebens passiert, ist entscheidend für dessen restlichen Verlauf. In der frühen Kindheit, laut UNICEF die Phase von der Geburt an bis zum achten Lebensjahr, werden die Grundsteine für die psychische, physische, emotionale und soziale Entwicklung eines Kindes gelegt.

Es ist die Phase, in der die Gehirne der Kinder hochgradig empfänglich für äußere Reize sind. Was sie aus ihrer Umgebung aufnehmen, prägt die Hirnentwicklung und damit den Menschen, der sein Leben gerade beginnt.

Eine gesunde Entwicklung braucht ein intaktes Umfeld. Viele Kinder sind aber schon früh elterlichen Auseinandersetzungen, Gewalt oder Missbrauch ausgesetzt. Traumata und Stress begleiten manche ihr Leben lang. Psychologische Betreuungsan-

„Im Sudan, im Jemen, in Palästina, in der Ukraine, in den Überschwemmungen Südasiens oder Dürren Ostafrikas hat ein junges Leben kaum eine Chance auf eine gesunde Entwicklung.“

gebote sind vielerorts knapp und fehlen in Ländern mit niedrigem Einkommensniveau oft komplett.

Prävention ist also zentral. Eltern oder andere Betreuungspersonen sind hier in der Verantwortung. Sie müssen befähigt werden, bestmöglich für ihre Kinder zu sorgen.

Das beinhaltet, körperliche Zuwendung und ein Gefühl der Geborgenheit zu vermitteln, Möglichkeiten zum Spielen und Freiheiten einzuräumen, altersgerechte Aufgaben zu verteilen, ein sicheres Zuhause und eine ausgewogene Ernährung zu bieten sowie alle notwendigen medizinischen Untersuchungen und Impfungen einzuhalten.

Damit ist nicht gemeint, Kinder zu verhätscheln oder durch komplizierte Früherziehungskonzepte zu überfordern. In vielen Gesellschaften ist Erziehung nach wie vor ein gemeinschaftliches Unterfangen. Kinder werden schnell in die Gemeinschaft integriert und mit Rollen bedacht, die sie zu erfüllen haben und die sie auf ihr späteres Leben vorbereiten.

Bei alledem kommt es auf die Menschen an, die für das Kind verantwortlich sind. Alle Kinder werden gleich geboren: hilflos, hungrig und schutzbedürftig. Ohne andere kann ein Mensch in den ersten Jahren seines Lebens nicht überleben.

Doch in einer Welt multipler Krisen sind auch die besten Eltern machtlos. Fluten spülen Häuser weg. Dürren und hohe Nahrungsmittelpreise machen eine ausreichende und ausgewogene Ernährung unmöglich. Epidemien und Krankheiten setzen dem bei Kindern noch nicht voll ausgebildeten Immunsystemen zu. Gute hygienische Verhältnisse sind die Grundvoraussetzung für Kindergesundheit. Vielerorts mangelt es aber allein schon an der nötigen Wasserinfrastruktur. Und Kriege und gewaltsame Konflikte nehmen Kindern alles, was sie für eine Kindheit gebraucht hätten: die Eltern, das Zuhause, die Freunde, die Schule.

Im Sudan, im Jemen, in Palästina, in der Ukraine, in den Überschwemmungen Südasiens oder Dürren Ostafrikas hat ein junges Leben kaum eine Chance auf eine gesunde Entwicklung. Es endet womöglich, bevor es richtig begonnen hat.

Wenn Kinder sich aber massenhaft nicht zu verantwortungsbewussten Erwachsenen entwickeln können, werden die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) nicht erreicht – und unsere Gattung hat dann keine lebenswerte Zukunft.



KATHARINA WILHELM OTIENO
ist Redakteurin bei E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu



Angehörige von Mordopfern befestigen Plakate mit Porträts der Getöteten an der Wand am Eingang des Büros der Generalstaatsanwaltschaft von Mexiko-Stadt und fordern Gerechtigkeit.

DYSFUNKTIONALES JUSTIZWESEN

Chancen statt Gewalt

Hohe Erwartungen hatte Mexikos Bevölkerung an ihre aktuelle Regierung, die mit Präventionsarbeit die Kriminalität und Unsicherheit im Land eindämmen wollte. Bisher ist das nicht gelungen. Angesichts der hohen Kriminalitätsrate und unzureichender Strafverfolgung sinkt das Vertrauen in den Staat und in seine Institutionen.

Von Virginia Mercado

„Umarmungen statt Kugeln“ hatte die Regierung von Präsident Andrés Manuel López Obrador versprochen, als sie 2018 ihre Arbeit antrat: Unter diesem Motto wollte sie insbesondere gegen das organisierte Verbrechen und die grassierende Gewaltkriminalität vorgehen. Sie schlug damit – zumindest rhetorisch – eine neue Richtung ein, hatten die Vorgängerregierungen doch vor allem auf Militarisierung und Konfrontation gesetzt. Sie ging damit auch einen anderen Weg als etwa das zentralamerikanische El

Salvador, dessen Präsident Nayib Armando Bukele Ortiz mit großer Härte und höchst öffentlichkeitswirksam gegen Drogenhandel und Bandenwesen vorgeht. Auf Social Media kursieren Videos von Masseneinweisungen mutmaßlicher Gangmitglieder.

In Mexiko sollte es anders funktionieren. „Wir wollen Frieden“, postulierte López Obrador. Anstelle des „Kriegs gegen Drogen“ seiner Amtsvorgänger wollte er Bildung und Perspektiven für junge Menschen schaffen; statt an spektakulären Festnahmen wollte er sich an sinkenden Kriminalitätsraten messen lassen. Unter anderem dafür wurde er gewählt.

Doch die hohen Erwartungen der Bevölkerung wurden bisher nicht erfüllt: Die Zahl der ungesühnten Straftaten steigt und mit ihr Unzufriedenheit und Misstrauen in das Justizwesen. Zum Ende der letzten Legislaturperiode 2018 hatte das Vertrauen der Bevölkerung in die Generalstaatsanwaltschaft bereits einen Tiefpunkt erreicht.

Nur etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung (57,5 Prozent) hatte damals „etwas“ oder „viel Vertrauen“ in die Institution. Dem Nationalen Institut für Statistik und Geografie (INEGI) zufolge stieg der Wert nach dem Amtsantritt der neuen Regierung zwar zunächst bis auf 65,8 Prozent im Jahr 2021, sinkt seitdem aber schon wieder. Dieser Abwärtstrend könnte bis zum Ende der Amtszeit anhalten.

Das Misstrauen der Menschen in das Justizwesen hat mehrere Gründe, vor allem aber zwei: Zum einen ist da die ineffiziente Strafverfolgung. Für viele ist der Rechtsstaat nur dann erfolgreich, wenn er Verbrechen hart bestraft; an Rehabilitation oder soziale Wiedereingliederung glauben die wenigsten. Zum anderen ist da die Korruption: Die Menschen haben den Eindruck, dass das Recht nur für einige wenige gelte.

ZU WENIG PERSONAL, ZU WENIG QUALIFIZIERUNG

Ein Hauptgrund für die defizitäre Strafverfolgung ist die Überlastung und unzureichende Ressourcenausstattung des Justizwesens. Immer wieder werden Anklagen deswegen fallen gelassen und Straftäter*innen freigelassen. Im Jahr 2019

wurden laut INEGI über 2 Millionen Ermittlungsverfahren in den verschiedenen Staatsanwaltschaften eröffnet, was aufgrund der begrenzten Anzahl von Staatsanwält*innen zu einer enormen Arbeitsbelastung führte. Auf jede*n Anklagevertreter*in kamen rund 290 Fälle. Die Situation hat sich seitdem noch weiter verschärft, wie der Índice Global de Impunidad México (Allgemeiner Index für Ungleichheit in Mexiko) zeigt: Die Zahl der Staatsanwält*innen pro tausend registrierte Straftaten sank von neun im Jahr 2018 auf 8,58 im Jahr 2022.

Bei den Sicherheitsbehörden sieht es nicht viel besser aus. Am besten ist noch der Bundesstaat Mexiko-Stadt ausgestattet, in dem 3,7 Polizeibeamt*innen auf tausend Einwohner*innen kommen. Im bevölkerungsreichsten Bundesstaat, dem Estado de México, sind es hingegen nur 0,9 Beamt*innen.

Hinzu kommt, dass es an qualifiziertem Personal mangelt. Dies beginnt schon bei den ersten Ermittler*innen vor Ort, die oft nur über einen geringen Bildungsgrad verfügen – in der Regel einen Sekundarschulabschluss – und für ihren risikoreichen Job schlecht bezahlt werden. Sie handeln oft nach der weit verbreiteten Vorstellung, dass diejenigen, die Recht brechen, selbst keine Rechte haben. Wenn sie mutmaßliche Kriminelle zu fassen bekommen, sich bei der Festnahme aber nicht an die Verfahren halten oder sogar Menschenrechtsverletzungen begehen, müssen diese häufig wieder freigelassen werden.

Auch Korruption führt oft zu Straflosigkeit. Das reicht von kleinsten Vergehen, bei denen Betroffene mit Bestechungsgeldern davonkommen, bis hin zu Fällen von großer Tragweite, bei denen Regierungsbeamt*innen und Unternehmen involviert sind. Wer sich eine gute Verteidigung leisten kann oder gar Verbindungen zur Justiz hat, kann sich einer Strafe oft entziehen. Das Ergebnis ist dann häufig: Straffreiheit für die Privilegierten und ein Gefühl der Ungerechtigkeit in der Bevölkerung.

Dieses Gefühl, dass ohnehin „nichts passiert“ und Straftäter*innen davonkommen, führt auch dazu, dass die Bevölkerung die meisten Verbrechen gar nicht erst zur Anzeige bringt. Hier spielt zudem die Angst vor Vergeltung eine Rolle. 2021 wurden über 90 Prozent der Straftaten nicht angezeigt, wie die Nationale Umfrage zur Opferrolle und zur Wahrnehmung von öffentlicher Si-



cherheit nahelegt. Davon sind auch schwere Verbrechen wie Entführungen nicht ausgenommen, bei denen die Dunkelziffer bei schätzungsweise 98,6 Prozent liegt.

Erhebungen zufolge führen die Ermittlungen zudem bei rund der Hälfte der Anzeigen zu keinem Ergebnis. In den sozialen Netzwerken verbreiten sich Fotos und Videos von Fällen, bei denen die Täter*innen auf frischer Tat ertappt werden. Umso frustrierender ist dann für die Öffentlichkeit, wenn die Behörden sie trotz klarer Beweise nicht vor Gericht bringen.

DEN KARTELEN ETWAS ENTGEGENSETZEN

Die weit verbreitete Straffreiheit, mit der die Drogenkartelle im Land operieren können, ist einer der Hauptkritikpunkte an der aktuellen Regierung. Bilder aus dem September 2023 zeigen, wie die Einwohner*innen einer Gemeinde in Chiapas das Sinaloa-Kartell scheinbar willkommen heißen, da dieses sie vermeintlich von der Vorherrschaft eines anderen Kartells „rettete“. In solchen Regionen sind die Behörden kaum präsent: Die einzigen, die einer kriminellen Gruppe Paroli bieten können, scheinen andere kriminelle Vereinigungen zu sein. Der Slogan „Umrüstungen statt Kugeln“ wird daher längst nicht mehr nur von der Opposition kritisiert – auch unter Anhänger*innen der Regierung verliert er an Glaubwürdigkeit.

Dabei sind Strafflosigkeit und Korruption keine Besonderheit der aktuellen Legislaturperiode. Besonders drastisch war der Fall des sogenannten „Superbullen“ Genaro García Luna, der als Minister für öffentliche Sicherheit von 2006 bis 2012 unter Präsident Felipe Calderón einer der höchstrangigen Beamten im Kampf gegen den Drogenhandel war und der auch unter Präsident Enrique Peña Nieto gute Beziehungen zu Regierungskreisen pflegte. Nun muss er

sich vor einem US-Gericht verantworten: Er soll mit Kartellen zusammengearbeitet und sie geschützt haben. Er nutzte also seine Amtszeit, um von den höchsten Rängen der Macht aus völlig ungestraft Verbrechen zu begehen. Seine Vorgesetzten wollen dies nicht bemerkt haben, obwohl der von ihm geführte „Krieg gegen die Drogen“ ganz offensichtlich ins Leere lief.

Schließlich bleibt auch die Frage der Unabhängigkeit der Richter*innen. Der Präsident erhob zuletzt vermehrt Vorwürfe gegen die Justizbehörden und prangerte neben deren Privilegien auch Korruption an. Ein Anlass war die Meldung der Marine, in den Jahren 2021 bis 2023 sei die Hälfte der Personen, die sie wegen Drogenhandels oder Kraftstoffdiebstahls festgenommen hatte, auf richterliche Anordnung hin wieder freigelassen worden – und einige seien erneut straffällig geworden. Solche Fehlschläge liegen aber häufig an Ermittlungsdefiziten sowie daran, dass das organisierte Verbrechen Druck ausübt. Es schüchtert Richter*innen ein, indem es ihre Familien und das engste Umfeld bedroht. Mindestens acht Staaten gelten als Hochrisikostaat – wer hier an Fällen des organisierten Verbrechens arbeitet, braucht besonderen Schutz.

Die Kriminalität zu bekämpfen ist eine gewaltige Herausforderung für Mexiko. Die Bevölkerung sehnt sich nach einem Ende von Gewalt und Unsicherheit. Da liegt auch ein Blick auf El Salvador nahe: Funktioniert das brachiale Vorgehen? Wäre es auch in Mexiko angebracht? Welcher Preis ist zu hoch, um der Kriminalität endlich ein Ende zu setzen?

Doch die repressive Verfolgung des Bandenwesens hat ihren Preis. Menschenrechtsvergehen werden billigend in Kauf genommen, und allzu oft landen Unschuldige hinter Gittern. Noch bevorzugen die meisten Menschen in Mexiko andere Herangehensweisen. Das Motiv ist vielleicht nicht so sehr grundsätzlicher Respekt vor den Menschenrechten. Sie wollen aber nicht, dass Sicherheitskräfte, denen sie misstrauen, Vollmachten zu willkürlichem Handeln bekommen.



VIRGINIA MERCADO
ist Wissenschaftlerin an der
Universidad Autónoma del
Estado de México und
Lehrkraft für Friedens- und

Entwicklungsstudien.
virmercado@yahoo.com.mx



RSS-Aktivisten marschieren 2022 durch Jaipur.

REGIERUNGSFÜHRUNG

Gefährlicher Hindu-Chauvinismus

Das Weltbild des indischen Premierministers Narendra Modi hat autoritäre Grundlagen, was westliche Beobachtungen oft übersehen. Es wäre gut, wenn sie mehr über die hindu-chauvinistische Kaderorganisation RSS wüssten, der Modi angehört.

Von Suparna Banerjee

RSS steht für Rashtriya Swayamsevak Sangh, was Nationale Selbsthilfeorganisation bedeutet. Der RSS wurde 1925 von Keshav Baliram Hedgewar in Nagpur gegründet. Seine Hauptinspiration war der Hindu-Nationalismus, den Vinayak Damodar Savarkar entwickelt hatte.

Vorbild für den RSS waren der italienische Faschismus und später, als sie mächtiger wurden, auch die deutschen Nazis. Mussolini und Hitler galten als Helden. Es ging darum, eine Kaderorganisation zu schaffen, die auf dem gesamten Subkontinent die Idee einer nach traditionellen Normen lebenden hinduistischen Volksgemeinschaft verbreiten sollte. Das rigide und repressive

Kastensystem gehörte selbstverständlich zu diesen Normen.

In demselben Jahrzehnt und mit ähnlichen Motiven entstand in Ägypten die Muslimbruderschaft. In beiden Fällen empörten sich konservative Mitglieder der gebildeten Mittelschicht über die Korruption der britischen Kolonialisten. Sie wollten die Gesellschaft mit religiösen Werten dagegen immunisieren und organisierten sich zu diesem Zweck nach dem Vorbild rechtsradikaler Bewegungen. Sie förderten soziale Initiativen, um Arme zu unterstützen und ihre eigene Ideologie zu verbreiten.

Heute hat der RSS 4 bis 5 Millionen Mitglieder. Sie sind für paramilitärische Übungen bekannt, bei denen sie lange Bambusstöcke verwenden. Zur RSS-Doktrin gehören folgende Grundsätze:

- Indien gehört den Hindus.
- Hinduismus ist nicht nur Religion, sondern vor allem Lebensweise.
- Jede Religion sollte ihren Glauben nach ihren Regeln und Traditionen in voller Freiheit praktizieren können.

- Folglich muss, wer in Indien lebt, hinduistische Normen, Werte und Geschichte nicht nur akzeptieren, sondern sollte zu ihrem Schutz auch zu Opfern bereit sein.

Das mag harmlos klingen, ist es aber nicht. Die Ideologie zielt darauf ab, Minderheiten zu unterdrücken. Das betrifft nicht nur Indiens Muslim*innen, sondern auch Christ*innen. Der RSS akzeptiert zwar offiziell heimische Religionen wie Sikhismus und Jainismus, deren Anhängerschaft stört freilich, dass ihr Glaube zu Varianten des Hinduismus erklärt wird, an dessen Traditionen sich alle halten sollen.

Dass der RSS sich nationalistisch gibt, legt nahe, er habe sich an der Unabhängigkeitsbewegung beteiligt. Tatsächlich hat er aber die Kolonialmacht unterstützt, denn er lehnte Mahatma Gandhis Vision einer integrativen Nation, die allen Religionen gleiche Rechte gibt, ab. Auch sollte Pakistan nicht als Land für Muslim*innen entstehen. Er beteiligte sich in den 1930er-Jahren nicht an Gandhis Kampagnen des zivilen Ungehorsams, aus denen in den 1940er-Jahren die erfolgreiche Quit-India-Bewegung wurde. Der RSS konnte damals keine Massenbewegung für seine hindu-chauvinistische Vision auslösen.

Anfang 1948, keine sechs Monate nach dem Ende der Kolonialherrschaft, wurde Gandhi in Delhi ermordet. Der Täter war Nathuram Godse, ein ehemaliges RSS-Mitglied, dem zufolge Gandhi der hinduistischen Sache geschadet habe. Die Teilung des Subkontinents ärgerte ihn.

Der Attentäter kam vor Gericht, wurde zum Tode verurteilt und gehängt. Die RSS wurde kurzzeitig verboten. Über Jahrzehnte blieb die Kongresspartei die dominante politische Kraft.

Der säkulare Staat missfiel dem RSS von Anfang an. Er lehnte sogar die indische Trikolore ab. Die Farben der Fahne stehen nämlich für Islam (Grün), Christentum (Weiß) und Hinduismus (Orange). Der Löwe in der Mitte symbolisiert das antike buddhistische Ashoka-Reich, das fast ganz Süd-Asien umfasste. Die Fahne beansprucht also keine hinduistische Vorherrschaft.

Der RSS stellte damals fest: „Eine Flagge mit drei Farben hat gewiss eine sehr schlechte psychologische Wirkung und schadet einem Land.“ Der RSS ist der Kern des Sangh Parivar, eines breiten Netzwerks von Organisationen, die weitgehend tun, was der RSS erwartet. Die politische Partei

des Sangh Parivar ist die BJP. Manche ihrer Spitzenleute sind selbst RSS-Mitglieder – wie etwa auch Premierminister Narendra Modi.

Andere Organisationen im RSS-Umfeld sind kulturell und sozial aktiv. Da es Massen von Menschen in Indien weiterhin an grundlegenden Dingen mangelt, sind die Sozialprogramme und Bildungsangebote des Netzwerks sehr wichtig. Sie wecken die Loyalität derer, die von ihnen profitieren, und sorgen für einen guten Ruf. Das Netzwerk durchdringt – abgesehen von den nicht hinduistischen Glaubensgemeinschaften – die gesamte indische Gesellschaft.

Etwa 80 Prozent von Indiens 1,4 Milliarden starker Bevölkerung sind Hindus und 14 Prozent Muslim*innen. Die übrigen gehören anderen Religionen an. Der Hindu-Chauvinismus hat historisch immer wieder Gewalt – meist gegen Muslim*innen (siehe Kasten) – eingesetzt. Modi durfte deshalb jahrelang nicht in die USA einreisen. Während seiner Amtszeit als Ministerpräsident von Gujarat brachen dort 2002 nämlich tödliche Krawalle aus.

Als Premierminister ist Modi dagegen heute ein von westlichen Regierungen umworbener Mann. Sie sehen ihn als potenziellen Verbündeten gegen China.

Bürgerliche Grundrechte sind im heutigen Indien nicht gewährleistet. Es sind Journalist*innen und politisch aktive Menschen ermordet worden. Aggressives Trolling soll in sozialen Medien Andersdenkende zum Schweigen bringen. Muslim*innen droht zunehmend Gewalt. Regelmäßig gibt es Lynchmorde. Größere islamfeindliche Ausschreitungen sind jederzeit möglich, wie zuletzt Anfang 2020 in Delhi.

BEDROHTE DEMOKRATIE

Der RSS tut alles für seine hindu-chauvinistische Programmatik. Seine Partei, die BJP, ist inzwischen die stärkste politische Kraft, aber sie regiert nicht unangefochten. In mehreren großen Bundesstaaten bilden andere Parteien die Landesregierung. Sie haben ein Bündnis geschlossen, um bei den nationalen Wahlen 2024 zusammen anzutreten. Allerdings war die BJP bei mehreren

Landtagswahlen in den vergangenen Wochen erfolgreich.

Die BJP hat enge Beziehungen zu wichtigen Unternehmen aufgebaut, auch in der Medienbranche. Einflussreiche private TV-Sender unterstützen Modi. Es ist ihm auch in gewissem Maß gelungen, das Militär in die RSS-Agenda einzubinden. Auch in der Justiz findet Modi Unterstützung, wobei der Oberste Gerichtshof nicht immer so urteilt, wie er es sich wünscht.

Indiens Demokratie ist bedroht. Setzt sich der RSS durch, wird die säkulare Verfassung obsolet. Ohnehin marginalisierte Minderheiten werden dann auch noch den rechtlichen Anspruch auf Gleichberechtigung verlieren. Hindu-chauvinistische Propaganda beschuldigt seit den Hamas-Anschlägen in Israel vom 7. Oktober wieder alle Muslim*innen pauschal des Terrorismus.



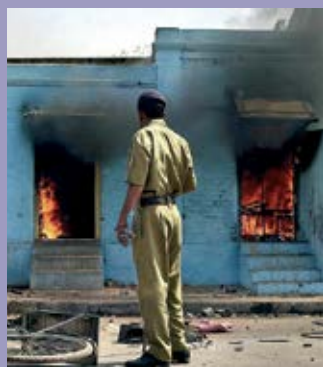
SUPARNA BANERJEE
ist Politikwissenschaftlerin
und lebt in Frankfurt.
mail.suparnabanerjee@gmail.com

Brutale Gewalt

Der RSS erkennt den Glauben indischer Muslim*innen nicht an und behauptet, deren Verfahren seien zur Konversion vom Hinduismus gezwungen worden. Dass Menschen freiwillig zum Islam übertreten sein könnten, wird ausgeschlossen. Während der Mogulherrschaft konvertierten jedoch vermutlich einflussreiche Mitglieder der Gesellschaft aus eigenem Antrieb – entweder aus Überzeugung oder um sich am kaiserlichen Hof beliebt zu machen. Zudem ist der Islam eine eher egalitäre Religion und könnte so für Menschen aus den untersten Kasten attraktiv gewesen sein. Heute allerdings haben auch Indiens muslimische Gemeinschaften Kasten, sodass es unmöglich

ist, diesem repressiven System durch Religionswechsel zu entkommen.

Der RSS ist besessen davon, muslimische Spuren in Indien zu tilgen. Er behauptet, zu lange habe das Bildungswesen



Muslimische Geschäfte brennen 2002 in Ahmedabad in Gujarat.

die Bedeutung hinduistischer Herrscher heruntergespielt, weil nach der Unabhängigkeit säkulare, linke und marxistische Kräfte die Hindus unter ihrer Fuchtel hätten halten wollen. Seit die BJP die Bundes- und mehrere Landesregierungen stellt, gibt es den Trend, Geschichtsbücher umzuschreiben – und zwar nicht unbedingt faktentreu. In einigen steht nun fälschlicherweise, der RSS habe die Unabhängigkeitsbewegung mitgetragen (siehe Haupttext).

Der RSS schürt immer wieder Gewalt. In den frühen 1990er-Jahren unterstützte er eine Kampagne zum Bau eines Hindu-Tempels an der Stelle der Babri-Moschee in Ayodhya. Für deren Bau soll das Mogulreich einen Ram-Tempel niedergerissen haben. Ende 1992 stürmte ein hindu-chauvinistischer Mob die Stadt und riss

die Moschee ab. Daraufhin brachen in ganz Südasien – nicht nur in Indien, sondern auch in Pakistan und Bangladesch – tödliche Unruhen aus.

Zehn Jahre später wurde Gujarat zum Schauplatz ähnlicher Massaker. Die Gewaltorgie begann, nachdem ein Zug voller Hindu-Pilger aus Ayodhya verbrannte, was Hindu-Chauvinisten sofort den Muslim*innen anlasteten. Damals war Narendra Modi, heute Premierminister, Ministerpräsident dieses Bundesstaates. Er ließ der Gewalt ihren Lauf, ohne ihr ein Ende zu setzen.

Anfang 2020 kam es in Teilen Delhis zu einem mehrere Tage andauernden antimuslimischen Pogrom. Auch davon ließ sich der Regierungschef nicht aus der Ruhe bringen. Der Staatsbesuch des damaligen US-Präsidenten Donald Trump war ihm wichtiger. SB



Staatsbesuch des US-Präsidenten im Oktober: Benjamin Netanjahu (links) hat die Zweistaatenlösung, auf der Joe Biden besteht, immer abgelehnt.

JÜDISCHE STIMMEN

Israel verdient Solidarität, Netanjahu eher nicht

Hamas-Terrorismus ist grausames Unrecht. Die islamistische Organisation ist keine Befreiungsbewegung, sondern opfert zehntausendfach palästinensisches Leben, nachdem sie Israelis ermordete und entführte. Prominente jüdische Stimmen äußern jedoch auch deutliche Kritik an Premierminister Benjamin Netanjahu. Sie verdienen Gehör in ihrem Einsatz für universelle Prinzipien wie Frieden, Pluralismus und Rechtsstaat.

Von Hans Dembowski

Jüdinnen und Juden streiten schon lange über Netanjahu. In den vergangenen Jahren hatten seine verschiedenen Regierungen nur äußerst knappe Parlamentsmehrheiten. Ständige Neuwahlen änderten das nicht.

Der britische Journalist Jonathan Freedland gehört zu den Netanjahu-Kritikern. Sein Kommentar im Guardi-

an (17. November 2023) stellte klar, dass die Hamas nicht für Palästinenser*innen kämpft. „Ihr ist egal, ob ihre Leute sterben.“ Auch habe die Hamas Geld statt für lebenswichtige Dienstleistungen im Gazastreifen für den Bau ihrer ausgedehnten Tunnel verwendet.

Danach stellt er klar, dass westliche Regierungsverantwortliche das Wesen der „rechtsten Regierung“ in Israels Geschichte nicht richtig verstünden: „Zu ihr gehören Minister, die davon fantasieren, Gaza mit einer Atombombe flachzumachen oder mit jüdischen Siedlungen zu bevölkern.“

Freedlands Schlussfolgerung war: „Washington, Brüssel und London unterstützen derzeit Israel, weil Frieden ohne die Beseitigung der Hamas nicht möglich ist. Was ihnen viel weniger klar ist, ist, dass Frieden auch mit Netanjahu und seinen Handlangern nicht erreichbar ist.“ Netanjahu habe kein Interesse an einer Zweistaa-

tenlösung, für die westliche Regierungen sich aussprechen.

SCHWINDENDER RÜCKHALT

Sicherlich teilen viele Jüdinnen und Juden Freedlands Sicht nicht unbedingt. Bemerkenswert ist dennoch, dass Netanjahus Rückhalt in Israel schwindet. Dort unterstützen ihn laut Meinungsumfragen nur noch 20 Prozent, wobei die meisten Menschen die Hamas eliminiert sehen wollen.

Tatsächlich ist Netanjahu ein typischer Rechtspopulist, dessen Propaganda seine Nation als eine homogene Gruppe definiert, die sein Weltbild teilt. Die Washington-Post-Kolumnistin Jennifer Rubin erinnert er an Donald Trump (30. Oktober 2023): „Diese Männer behaupten ständig, nur sie sprächen für ihr Land und nur sie könnten es vor Schaden bewahren. Sie entmenslichen und dämonisieren jegliche Opposition und zeigen keinerlei Empathie. Wenn ihre Inkompetenz zu vermeidbaren Todesfällen führt (etwa durch Hamas-Terror oder eine Pandemie), geben sie anderen die Schuld.“

Aus Rubins Sicht passte ins Bild, dass Netanjahu so tat, als hätten nur Versäumnisse von Militär und Geheimdienst das entsetzliche Pogrom auf israelischem Boden möglich gemacht. Dass ihm seine Karriere über alles geht, sei längst bekannt. Die Historikerin Ruth Ben-Ghiat habe ihr gesagt: „Netanjahu zeigt mit seiner Selbsterhaltung typische Autokraten-Züge. Er wollte die Justizreform ohne Rücksicht auf die nationale Sicherheit.“

Tatsächlich zielte Netanjahus Politik vor den monströsen Hamas-Anschlägen mit minimaler Parlamentsmehrheit auf die Entmachtung des Obersten Gerichts ab. Schon im Frühjahr warnte Noah Yuval Harari im Guardian (7. März 2023): „Werden diese Gesetze verabschiedet, kann die Regierung unsere Freiheit vollends zerstören. 61 Knesset-Mitglieder (das israelische Parlament hat 120 Mitglieder, E+Z/D+C) könnten nach Belieben rassistisches, oppressives und antidemokratisches Recht erlassen.“ Trotz langanhaltender Massenproteste, zu denen auch die Dienstverweigerung vieler Reservisten gehörte, suchte Netanjahu keinerlei Kompromiss. Relevant ist selbstverständlich auch, dass ihm nach Ende seiner Amtsimmunität Hafturteile wegen Korruption drohen.

Andererseits bemüht er sich schon lange, Andersdenkende zu diskreditieren und zum Schweigen zu bringen. Die Romanautorin und Journalistin Sigal Samuel schrieb auf vox.com (1. November 2023): „Eine Strategie ist, jegliche Kritik an Israel für antisemitisch zu erklären. Viele jüdische Menschen sehen das anders, wohl wissend, dass antijüdischer Hass existiert. Wir sehen ihn heute ja anwachsen. Es hilft aber nicht, mit ihm alles zu rechtfertigen, was Israel der palästinensischen Bevölkerung antut.“

Michelle Goldberg stieß in der New York Times in dasselbe Horn (20. November 2023): „Ich sage seit Langem, dass Antizionismus und Antisemitismus nicht dasselbe sind.“ Beide seien aber miteinander verwoben, wie die internationale Explosion antijüdischer Gewalt im Zuge des Gaza-Kriegs zeige: „Abscheu vor dem jüdischen Staat wird schnell zur Abscheu vor allen Jüdinnen und Juden.“

Weltweit werden leider in der Tat Angehörige des Judentums für israelisches Staatshandeln verantwortlich gemacht, egal wie sie zu Israels Regierung stehen oder ob sie überhaupt die israelische Staatsbürgerschaft haben. Während Netanjahu beansprucht, für sie alle zu sprechen, verteidigt er sie jedoch nicht konsequent gegen Antisemitismus. Das hat Guardian-Journalist Freedland im britischen Jewish Chronicle (28. September 2023) klargestellt. Er warf dabei dem Premierminister unter anderem vor, dem Milliardär Elon Musk einen Höflichkeitsbesuch abgestattet zu haben, obwohl dieser sich aggressiv gegen die amerikanische zivilgesellschaftliche Organisation Anti-Defamation League (ADL) gewendet hatte.

Freedland erklärte: „Einem jüdischen Verband vorzuwerfen, planmäßig den Wert von X/Twitter zu vernichten – was Musk mit seinem komikerhaft schlechten Management der Plattform ganz allein schafft –, bedient antisemitische Mythen von schatthafter jüdischer Macht.“

KOOPERATION MIT HOLOCAUSTLEUGNERN

Musk hat sich seither wieder antisemitisch geäußert und damit andere ermutigt, das ebenfalls zu tun. Er versprach aber auch, Hamas-Propaganda auf seiner Plattform zu bremsen, und wurde danach von Netanjahu bei einem Israelbesuch willkommen geheißen. Im selben Jewish-Chronicle-Beitrag



Demonstration gegen die Justizreform in Tel Aviv im Februar.

nannte Freedland weitere Beispiele dafür, dass Netanjahu sich mit antisemitischen Kräften im Ausland gutstellt. Er nannte rechtspopulistische Parteien in „Rumänien, Schweden, Finnland und Deutschland“, die für Holocaustleugnung bekannt seien. Der Kommentator erläuterte: „Er ist bereit, ihre Hände zu schütteln, solange sie Lippenbekenntnisse gegen den Antisemitismus ablegen, selbst wenn das Holocaustleugnung nicht ausschließt. Er gibt ihnen Legitimation durch israelische Politik. Im Gegenzug unterstützen diese Parteien israelische Siedlungen im Westjordanland.“

Tatsächlich sorgen israelische Siedlungen dort seit Langem für wachsende Spannungen. In der palästinensischen Bevölkerung wächst die Angst vor permanenter Vertreibung. Wie die Vox-Autorin Samuel in einem weiteren Artikel (27. Oktober 2023) ausführte, hat diese Angst drei Hauptursachen: „Erstens ist tief ins kollektive Gedächtnis eingeebrannt, dass Hunderttausende im ersten arabisch-israelischen Krieg 1948 vertrieben wurden und dass es seither immer wieder Vertreibung gab.“ Zweitens hätte die Verdrängungsrhetorik rechter israelischer Kreise in den vergangenen Monaten zugenommen. Drittens seien manche Forderungen aus dem israelischen Militärestablishment seit dem 7. Oktober problematisch. Dazu gehörten die Forderungen, „den Gazastreifen zu verkleinern, das Leben dort für die palästinensische Bevölkerung un-

möglich zu machen und einen eigenen Staat dauerhaft auszuschließen“.

Auch US-Senator Bernie Sanders äußerte sich zur Siedlungspolitik. Im Guardian (2. November 2023) schrieb er: „Israelische Siedlungen sind in diesem Jahr im Westjordanland schneller gewachsen als je zuvor. 700 000 Israelis leben nun in einem Gebiet, das aus Sicht von UN und USA besetztes Land ist. Dennoch genehmigte Israels Regierung den Bau tausender neuer Häuser und stellte dafür Grund und Boden bereit, während palästinensische Heime und Schulen abgerissen wurden und die Bewegungsfreiheit der betroffenen Menschen weiter eingeschränkt wurde.“

Sanders merkte an, Jurist*innen sprächen von „illegaler Annexion“, und hielt fest, die Gewalt eskaliere weiterhin: „2023 wurden vor dem 7. Oktober 179 palästinensische Leben ausgelöscht, was das Jahr zum blutigsten seit zwei Jahrzehnten machte. Nach dem 7. Oktober wurden weitere 121 palästinensische Menschen getötet.“ Daran hätten sich Menschen aus den Siedlungen beteiligt. Wegen dieser Spannungen seien zudem israelische Truppen von der Gaza-Grenze verlegt worden, was der Hamas ihre Gewaltorgie erleichtert habe.

In der New York Times beschrieb der Journalist Peter Beinart die Situation der palästinensischen Bevölkerung des Westjordanlands (14. Oktober 2023) so: „Seit über einem halben Jahrhundert leben sie

ohne Rechtssicherheit, Bewegungsfreiheit, Staatsbürgerschaft und Wahlrecht. Schutzlos gegenüber der israelischen Regierung, in der einige Kabinettsmitglieder offen für ethnische Säuberung eintreten, werden manche aus ihren Heimen vertrieben.“

Aus solchen Gründen werfen Human Rights Watch und Amnesty International Israel seit einiger Zeit Apartheid vor. Der Rechtsbegriff besagt, dass zum Zwecke der Unterdrückung für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen im selben Territorium unterschiedliches Recht gilt. Das ist auch aus Sicht der zivilgesellschaftlichen israelischen Organisation B'Tselem der Fall. Sie erklärte in einem Positionspapier vom November 2021: „Rund 15 Millionen Menschen – zur Hälfte jüdisch, zur Hälfte palästinensisch – leben unter einer Regierung zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer.“ B'Tselem bezeichnete die Vorstellung als falsch, ein demokratischer Staat sei von nur befristet besetztem Territorium unterscheidbar. „Wir alle erleben in diesem Gebiet eine binationale Realität unter einem einzigen Regime. Die Hälfte der Bevölkerung – nämlich die palästinensische – ist entweder ganz oder teilweise politisch ausgeschlossen.“

Zur Wahrheit gehört auch, dass Netanjahu schon lange die palästinensische Autonomiebehörde gegen die Hamas ausspielt, wobei er Erstere möglichst schwächt und Letztere stärkt. Die New Yorker Zeitschrift Jewish Currents (10. Oktober 2023) berichtete: „Im März 2019 sagte Netanjahu der Likud-Fraktion in der Knesset, wer einen palästinensischen Staat verhindern wolle, müsse sowohl die Hamas als auch Geldflüsse an sie befürworten: „Das ist Teil unserer Strategie – die Palästinenser im Gazastreifen von den Palästinensern in der Westbank zu isolieren.““

Der New-York-Times-Kolumnist Ezra Klein nutzt seinen Podcast seit Wochen, um die Lage aus verschiedenen Perspektiven zu analysieren. In der Folge vom 17. November erläuterte er, dass unterschiedliche Generationen in Amerika Israel unterschiedlich bewerten. Alte Menschen, wie US-Präsident Joe Biden, sähen Israel weiterhin als schwaches und verwundbares Gemeinwesen, gegründet von Menschen, die dem Holocaust entkommen waren. Das entspreche aber nicht der Wahrnehmung jüngerer Menschen wie seiner Generation, sagte Klein: „Wir kennen nur ein starkes Israel, das stärkste Land der Region, atomar bewaffnet

und von Amerika militärisch und politisch felsenfest unterstützt.“

Viele junge Leute – auch jüdischen Glaubens – störe, dass Israel ständig weiter nach rechts rücke. „Extremisten, die einst am Rande der Gesellschaft standen, gehören nun zu Koalition und Kabinett. Der Siedlungsaktivismus im Westjordanland ist wild geworden und annektiert de facto mehr und mehr Land, manchmal mit Gewalt.“

Klein verbirgt seinen Ärger über weltweit wachsende antijüdische Agitation und Gewalt nicht. Ihn empört nicht nur das hinterhältige Blutvergießen der Hamas, sondern auch, dass manche sich darüber freuen und dem gesamten Judentum Komplizenschaft mit Netanjahu vorwerfen. Dennoch betont er, Pro-Palästina-Demonstrationen seien nicht einfach Ausdruck von Antisemitismus, denn viele Teilnehmende treibe die hohe Zahl ziviler Todesopfer im Gazastreifen um.

AN FRIEDEN NICHT INTERESSIERT

Kurz zusammengefasst skizzieren die hier zitierten Quellen Netanjahus Politik als innenpolitisch polarisierend und außenpolitisch expansiv. Er hat kein echtes Interesse an Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Frieden mit der palästinensischen Bevölkerung gezeigt. Deshalb sagte UN-Generalsekretär António Guterres (die einzige nichtjüdische Stimme in diesem Beitrag), die Hamas-Angriffe hätten nicht in einem Vakuum stattgefunden. Daraufhin forderte Israels Regierung seinen Rücktritt.

In diesem komplizierten Szenario enthält die jüdische Netanjahu-Kritik jedoch Botschaften, die westliche Regierungen ernst nehmen sollten. David Levy, ein ehemaliger israelischer Diplomat, forderte in der New York Times (8. November 2023) einen Waffenstillstand: „Es wurde schon oft gesagt, dass Israel Freunde und Unterstützer braucht, die es kurz vor dem Abgrund zurückhalten. Amerikas Bereitschaft, Straflosigkeit für Israel zu garantieren, ohne ernsthaft auf palästinensisches Leid einzugehen, schadet seit Langem beiden Seiten.“

Auch Senator Sanders sprach sich in seinem Guardian-Kommentar für einen Waffenstillstand aus: „Israel hat wie jedes andere Land das Recht, sich zu verteidigen und die Angreifer von Hamas zu zerstören. Es hat aber nicht das Recht, tausendfach unschuldige Männer, Frauen und Kinder



zu töten. Es hat auch nicht das Recht, Millionen von Leben – die Hälfte davon Kinder – durch Vorenthaltung von Wasser, Lebensmitteln, Treibstoff und Elektrizität zu gefährden.“

Thomas Friedman stellte in seiner Kolumne in der New York Times (25. Oktober 2023) fest, dass Netanjahus Glaubwürdigkeit wackelt: „Es ist strategisch und moralisch inkohärent, wenn Israel seine besten Verbündeten bittet, es bei der Suche nach Gerechtigkeit in Gaza zu unterstützen, aber wegzuschauen, während es im Westjordanland ein Siedlungskönigreich mit ausdrücklicher Annexionsabsicht baut.“

In einem späteren Text (14. November 2023) forderte Friedman das Weiße Haus zum Umdenken auf. Es reiche nicht, die Zweistaatenlösung zu fordern, die Netanjahu immer nach Kräften verhindert habe. Die US-Regierung müsse vorschlagen, wie sie zu erreichen sei. „Die Zeit ist gekommen, in der Präsident Biden allen die Wahrheit sagen muss – Netanjahu, der palästinensischen Bevölkerung und allen, die sie unterstützen, aber auch Israel und proisraelischen Kräften.“ Der Präsident müsse klarstellen, dass „Amerika nicht Netanjahus nützlicher Idiot“ sein werde.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z/
D+C. In Klammern ist
angegeben, wann die
Beiträge auf den jeweiligen

Websites erschienen.
euz.editor@dandc.eu



ISTGH-Chefankläger Karim Khan zu Besuch bei Autonomiebehörden-Präsident Mahmud Abbas.

VÖLKER(STRAF)RECHT

„Die Regeln des humanitären Völkerrechts gelten absolut“

Der Gaza-Krieg wirft schwierige Fragen zu möglichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf. Allerdings kann die strafrechtliche Verantwortlichkeit aus der Ferne kaum beurteilt werden, wie der Völkerstrafrechtler Kai Ambos im E+Z/D+C-Interview erläutert.

Kai Ambos im Interview mit Hans Dembowski

Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (ISTGH), Karim Khan, hat Israel und die Hamas ermahnt, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten. Andernfalls müssten sie mit Anklagen rechnen. Ist der ISTGH überhaupt zuständig?

Ja, denn Palästina ist 2015 dem ISTGH beigetreten und hat ihm damit die Zuständigkeit für Taten auf palästinensischem Staatsgebiet (Westjordanland, Ostjerusalem und Gazastreifen) übertragen. Zwar ist der Status Palästinas als Staat völkerrechtlich umstritten, für die Zwecke des ISTGH-Statuts

wurde er aber in einer Entscheidung der zuständigen Vorverfahrenskammer (Pre-Trial Chamber) 2021 anerkannt. Folglich kann der ISTGH wegen Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen ermitteln und gegebenenfalls Personen anklagen und aburteilen. Darüber hinaus ist der ISTGH auch für Taten palästinensischer Staatsangehöriger (also Hamas-Mitgliedern) außerhalb Palästinas zuständig, also auch in Israel, obwohl es kein Vertragsstaat des ISTGH ist.

Arabische Stimmen werfen Khan vor, er habe sich, als er jüngst Israel und Palästina besuchte, vor allem mit den Hamas-Attentaten beschäftigt und damit vom angeblichen Völkermord in Gaza abgelenkt. Ist an dem Genozid-Vorwurf etwas dran? Die Zahl von 18 000 Toten in neun Wochen scheint unverhältnismäßig hoch.

Es ist leicht, mit juristischen Begriffen wie Genozid politisch Stimmung zu machen. Rechtlich ist die Sache sehr viel schwieriger.

Es wäre aussichtsreicher, erst mal nach Kriegsverbrechen zu fragen. Ob ein bestimmter militärischer Angriff unverhältnismäßig ist, richtet sich nach dem sogenannten humanitären Völkerrecht. Dafür gibt es keine mathematische Formel, und es hängt entscheidend von den Umständen des Einzelfalls ab. So kann man zwar sagen, dass ein Krankenhaus, wie jede medizinische Einrichtung, besonderen Schutz genießt; doch kann auch dieser Schutz entfallen, wenn sich darunter eine Kommandozentrale verbirgt; der Angriff muss dann allerdings immer noch verhältnismäßig sein. Ob er das war, lässt sich aus der Ferne nicht seriös beurteilen, weil man den genauen Sachverhalt nicht kennt.

Beim Vorwurf Völkermord müsste Vernichtungsabsicht nachgewiesen werden. Ist es juristisch relevant, dass israelische Spitzenleute immer wieder genozidale Rhetorik verwenden? Dabei geht es um Formulierungen wie „Gaza plattmachen“ sowie um Vorschläge, das Gebiet unbewohnbar zu machen. Der israelstämmige Holocaustforscher Omer Bartov warnt, auf solche Sprüche folge nach historischer Erfahrung häufig auch genozidales Handeln.

Bartov wählt seine Worte klug. Er spricht von drohendem Genozid, behauptet aber nicht, dass er schon stattfindet. In der Tat gibt es besorgniserregende Äußerungen von bestimmten israelischen Politikern.

Sie können zum Nachweis einer bestimmten Absicht auch durchaus relevant sein, aber man kann sie nicht ohne Weiteres den Personen zurechnen, die die militärischen Entscheidungen treffen.

Von „menschlichen Tieren“ sprach Verteidigungsminister Yoav Gallant.

Ja, leider, und auch von der totalen Abriegelung des Gazastreifens. Diese Aussage ist aus völkerrechtlicher Sicht inakzeptabel und die entsprechende Praxis völkerrechtlich verboten und sogar als Kriegsverbrechen strafbar. Ob aus der Bezeichnung einer Gruppe von Personen als „menschliche Tiere“ eine Genozidabsicht gefolgert werden kann, hängt von vielen Faktoren ab. Eine von mehreren wichtigen Fragen ist, ob mit der Aussage die gesamte palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen oder nur die Kämpfer der Hamas gemeint sind.

Fest steht aber, dass die Hamas Kriegsverbrechen begeht, oder? Sie verschanzte sich hinter Zivilisten und Zivilistinnen, nimmt Geiseln, beschießt zivile Wohngebiete in Israel mit Raketen...

Zunächst einmal ist klar, dass die konkreten Taten des 7. Oktober völkerrechtliche Verbrechen darstellen, und zwar vor allem Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Form von Tötungen, Vergewaltigungen, Entführungen et cetera. Im Übrigen hält sich die Hamas als nichtstaatliche Konfliktpartei auch nicht an die Regeln des humanitären Völkerrechts, etwa der Pflicht zur Kenntlichmachung ihrer Kämpfer. Auch der Gebrauch sogenannter menschlicher Schutzschilde stellt ein Kriegsverbrechen dar – jedenfalls wenn diese sich nicht freiwillig zur Verfügung stellen. Aber alle Rechtsverstöße der Hamas entheben Israel nicht von der Einhaltung des humanitären Völkerrechts. Denn dessen Regeln gelten absolut und unabhängig vom Verhalten der anderen Konfliktpartei. Konkret: Die als menschliche Schutzschilde missbrauchten Zivilpersonen verlieren damit nicht ihren Schutz vor Angriffen. Vielmehr muss die angreifende Partei (Israel) alles dafür tun, dass Zivilisten nicht geschädigt werden.

Pro-israelische Stimmen bezeichnen die auf Demonstrationen oft geäußerte Formulierung, Palästina solle „vom Fluss bis zum Meer“ frei sein, als genozidal, weil sie

dem Existenzrecht Israels widerspricht. In Deutschland ist er seit Mitte November verboten.

Da muss man differenzieren. Ob eine solche Äußerung genozidal gemeint ist, kommt auf die Auslegung ihres Inhalts und auf die Perspektive des Auslegenden an. Wer diesen Slogan schreit, könnte damit provokant darauf abzielen, dass Israel seit 1967 vom Jordan bis ans Mittelmeer militärische Kontrolle ausübt. Es gehe also primär um das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, aber nicht um das Existenzrecht Israels in den Grenzen vor 1967 oder gar der Juden insgesamt. Natürlich kann der Rufer eine genozidale Absicht haben, aber um diese nachzuweisen, reicht nicht allein dieser Slogan aus. Die andere Frage ist, ob man rechtlich und vor allem strafrechtlich solche Meinungsäußerungen, so abscheulich oder irrig man sie auch finden mag, überhaupt einfangen kann. Es stellt sich also die Frage, inwieweit das (Straf-)Recht dazu taugt, bestimmte Gesinnungen zu regulieren. Ich habe da große Zweifel. Wenn man etwa nun von Migranten und Migrantinnen bei der Einbürgerung ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels verlangt, dann werden sie sich eben dazu bekennen, wenn ihnen die Einbürgerung so wichtig ist. Das ist aber dann kein echtes, sondern nur ein opportunistisches Bekenntnis. Was hat der deutsche Staat davon?

Neben Genozid ist Apartheid ein derzeit häufig verwendeter Begriff. Trifft er auf Israel zu, oder dient er antisemitischer Propaganda?

Auch diese Frage ist sehr kompliziert. Ich habe dazu gerade ein ganzes Buch geschrieben. Da versuche ich zunächst einmal den Apartheidgebegriff historisch und rechtlich zu erklären. Von diesem Rechtsbegriff ausgehend, ist dann zu fragen, ob die israelische Praxis in den besetzten Gebieten, insbesondere im Westjordanland, Apartheid im rechtlichen Sinne darstellt. Dafür spricht leider einiges. Diese Debatte ist nicht neu, sondern findet schon seit Jahrzehnten in den UN, der Zivilgesellschaft und in akademischen Kreisen statt. Der Vorwurf des Antisemitismus hilft da nicht weiter. Es sind ja vor allem auch israelische Gruppen, wie etwa die zivilgesellschaftliche Organisation B'Tselem und israelische Intellektuelle wie Amos Goldberg (in der F.A.Z. vom 23. August 2023), die

diesen Vorwurf erheben. Mein Anliegen ist es, die Debatte zu versachlichen, indem ich zunächst den Begriff rechtlich kläre und ihn dann auf die Situation in den besetzten Gebieten anwende.

Aber der Bau permanenter Siedlungen im besetzten Westjordanland ist ein Kriegsverbrechen?

Zunächst einmal verstößt die Siedlungspolitik gegen das humanitäre Völkerrecht, weil die grundsätzliche temporäre Natur einer Besatzung die Schaffung vollendeter Tatsachen in dem besetzten Gebiet ausschließt. Die permanente Ansiedlung eigener Bevölkerung in dem besetzten Gebiet wurde deshalb auch mit dem Römischen Statut des IStGH zu einem Kriegsverbrechen gemacht. Dies war übrigens der Hauptgrund dafür, dass Israel 1998 gegen das Statut gestimmt hat. Die permanente Ansiedlung führt ja auch zu einer Fragmentierung eines zukünftigen palästinensischen Staats und richtet sich deshalb letztlich gegen die Zwei-Staaten-Lösung, die nun ja wieder in aller Munde ist.

In Deutschland steht Kritik an Israel tendenziell unter Antisemitismusverdacht, und kritische Stimmen aus Israel werden kaum wahrgenommen.

Das ist bedauerlich, denn die fundierteste Kritik an der israelischen Politik stammt oft aus Israel selbst. Das zeigt sich sowohl in der Apartheiddiskussion, aber auch in der Frage zu den rechtlichen und ethischen Implikationen der Besatzungspolitik. Alles, was wir dazu hier diskutieren, wurde meist schon von israelischen Kolleginnen und Kollegen besser und genauer gesagt. Umso wichtiger ist es, diese Vielfalt der israelischen Demokratie und Diskussionskultur zu erhalten. Verbote und Tabuisierungen sind bei alledem eher kontraproduktiv.



KAI AMBOS
ist Professor für Strafrecht und Völkerrecht an der Universität Göttingen und Richter am Kosovo-

Sondertribunal in Den Haag. Er äußert hier seine persönliche Meinung. Sein Buch erscheint demnächst, ein kürzerer Aufsatz dazu im Fordham International Law Journal (www.fordhamilj.org).
kambos@gwdg.de

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Wo Schweigen nicht Gold ist

An den Schauplätzen des Bosnienkrieges versammeln sich heute ehemalige Kriegsveteranen und Überlebende aus allen Konfliktparteien. Gemeinsam wollen sie ein Zeichen für Versöhnung und Gerechtigkeit setzen – in einem Land, das noch immer zerrissen ist.

Von Martina Rieken

Fast 30 Jahre nach seiner Freilassung betritt Marijan Krajina zum ersten Mal wieder die verlassene Lagerhalle in Kaćuni, einem kleinen Ort in der Gemeinde Busovača mitten in Bosnien und Herzegowina. 76 Tage war er während des Bürgerkriegs Anfang der 90er-Jahre in dem heruntergekommenen Gebäude gefangen. Marijan Krajina hat hier unvorstellbares Leid erfahren. Er und sein Sohn wurden als kroatische Zivilisten grundlos von bosniakischen Soldaten festgenommen. In dem alten Getreidelager in Kaćuni hat man sie brutal misshandelt. Sichtlich aufgewühlt berichtet Krajina von seinen Erlebnissen. „Das Schlimmste war, dass ich mit anhören musste, wie in der Zelle nebenan mein Sohn geschrien hat“, erinnert sich der ehemalige Grundschullehrer. Er habe nur noch sterben wollen. Es sind haarsträubende Geschichten, die an diesem unwirtlichen Ort zu hören sind. Und eigentlich wollte Marijan Krajina hier nie wieder herkommen.

„Aber ich habe es doch gemacht“, sagt er nach dem Verlassen seines ehemaligen Gefängnisses. Eine große Last scheint von ihm zu fallen. „Ich möchte, dass alle wissen, was hier geschehen ist. Ich möchte, dass sich so etwas Schreckliches nie wiederholt.“

Mit Krajina sind etwa 50 Menschen nach Kaćuni gekommen. Es sind Kriegsveteranen und Überlebende aller einstigen Konfliktparteien, die von Friedensaktivist*innen und lokalen und internationalen Journalist*innen begleitet werden. Der Besuch des ehemaligen Lagers in Kaćuni ist Teil einer Friedensaktion des Centre for Nonviolent Action (CNA), mit dem die Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow im

Rahmen des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) seit mehr als zwanzig Jahren in Bosnien und Herzegowina und in Serbien eng zusammenarbeitet.

Kaćuni ist neben Tarčin, Žepče, Derвента und Doboj eine von fünf Stationen, die an diesem Wochenende im März 2023 besucht werden. Die Teilnehmenden le-

und setzen zugleich ein sichtbares Zeichen für Gerechtigkeit, Versöhnung und Frieden.

Nachdem Marijan Krajina seine Erinnerungen geschildert hat, löst sich ein Mann aus der Menge. Es ist Edin Ramulić, Veteran der bosniakischen Armee, deren Soldaten Marijan Krajina an diesem Ort gequält haben. Er bittet ihn stellvertretend für sie um Entschuldigung. „Ich habe nicht gewusst, dass hier solche schrecklichen Dinge passiert sind“, sagt Ramulić später. „Marijan hat mich an meinen Vater erinnert, der Ähnliches erlebt hat. Ich bin der einzige männliche Überlebende meiner Familie. Ich habe die Schrecken des Kriegs als Soldat, als



Schild zur Markierung eines „ungekennzeichneten Ortes des Leidens“.

gen Rosen nieder, hören die entsetzlichen Geschichten, trauern und sprechen sich Mut zu. Und dann befestigen sie ein blaues Schild mit der Inschrift: „Ungekennzeichneter Ort des Leidens – an diesem Ort, im vergangenen Krieg, wurden unmenschliche Taten begangen. Wir wollen diese Ereignisse nicht dem Vergessen übergeben. Wir zeigen Solidarität mit den Opfern. Es soll sich nie wiederholen.“ CNA hat in der Vergangenheit bereits mehr als 130 solcher Orte gekennzeichnet. Die Markierungen zollen den Opfern und ihren Angehörigen Respekt

Gefangener, als Angehöriger erlebt. Gleich nach dem Krieg habe ich mich als Friedensaktivist engagiert.“

FASSUNGSLOSIGKEIT UND TRAUER

Bei der nächsten Station, im Dorf Tarčin, etwa dreißig Autominuten von Sarajevo entfernt, erinnert der Serbe Slobodan Mrkajić an sein Martyrium. Zwei Jahre hat er in insgesamt sechs Lagern verbracht. In Tarčin zogen ihm seine Peiniger mit Hufzangen Zähne. Die Verletzungen sind für immer

sichtbar. Dass er die Torturen überlebt hat, grenzt an ein Wunder. Nach seiner Erzählung herrscht Schweigen. Viele der Anwesenden sind fassungslos, manche weinen. Gemeinsam heften die Menschen rote Rosen an den Zaun des ehemaligen Lagers.

„Wir kommen an diese Orte. Wir kommen in Frieden, um der Opfer des Kriegs zu gedenken und damit grenzübergreifend Solidarität zu zeigen. Ehemals verfeindete

„Dass ehemals verfeindete Menschen sich an Orten von Kriegsverbrechen die Hand reichen können, zeigt, dass ein Weg in Richtung Versöhnung möglich ist, so steinig er auch sein mag.“

Veteranen und Überlebende setzen gemeinsam ein Zeichen für Versöhnung und Dialog“, sagt Nenad Vukosavljević, Mitgründer von CNA. „Sie erkennen an, dass auf allen Seiten schreckliches Leid geschehen ist.“

Die Friedensaktion von CNA und ZFD fördert eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die in Bosnien und Herzegowina selten, für eine friedliche Zukunft aber notwendig ist. Die Gesellschaft hat sich von den Gräueltaten des Kriegs bis heute nicht erholt.

Bosnien und Herzegowina war eine Teilrepublik Jugoslawiens und strebte die Unabhängigkeit an. Von 1991 bis 1995 bekämpften sich die drei größten ethnischen Gruppen des Landes auf das Blutigste. Viele bosnische Muslim*innen befürworteten einen unabhängigen Staat, während einige bosnische Serb*innen einen Anschluss an Serbien forderten und kroatische Bosnier*innen zu Kroatien gehören wollten. Die Verletzungen sitzen auf allen Seiten bis heute tief.

GESPALTENE GESELLSCHAFT

Bis heute leben die Menschen überwiegend ethnisch, religiös und räumlich voneinander getrennt. Selbst Kinder werden separat unterrichtet. Jede Gruppe pflegt ihre Version der Vergangenheit und bestreitet dabei häufig Kriegsverbrechen der eigenen Seite. Der Rest ist Schweigen. Dadurch halten sich die Feindbilder der jeweils „anderen“ und

werden an die nächste Generation weitergegeben. Die Spaltung der Gesellschaft spiegelt sich auch in der Politik, die sich in vielen Fragen gegenseitig blockiert. So werden die Spannungen im Land weiter verschärft. Die Wirtschaft schwächt sich selbst durch komplizierte Regulierungen und weitverbreitete Korruption. All das führt auch dazu, dass vor allem immer mehr junge Menschen auswandern.

Die letzte Station der Friedensaktion ist die eiserne Brücke über dem Fluss Bosna am Stadtrand von Doboj im Nordosten von Bosnien und Herzegowina. Hier wurden im Juni 1992 13 Zivilist*innen grundlos erschossen. Ihre toten Körper warf man in die Bosna. Es gibt keine Überlebenden, die davon erzählen können. Umso wichtiger ist, dass die Erinnerung aufrechterhalten wird.

Nach Abschluss des Treffens wenden sich die Teilnehmenden der Aktion mit einem emotionalen Appell in verschiedenen europäischen Medien an die Öffentlichkeit. Darin heißt es: „In der tiefen Überzeugung, dass alle Opfer den gleichen Respekt verdienen, wollen wir mit unserem gemeinsamen Besuch von Orten des Leidens den Schmerz teilen und uns gegenseitig ermutigen und unterstützen.“ Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen warnen sie vor den tragischen Folgen eines Kriegs und werben für Verständigung. „Ohne unsere Unterschiede zu verleugnen, glauben wir, dass gegenseitiger Respekt und Verständnis einen Raum für Dialog schaffen können, in dem wir einander mit offenem Herzen zuhören (...) können“, heißt es in der Erklärung. „Wir glauben, dass unser Recht auf Freiheit und Frieden nur durch Zusammenarbeit, durch die Überwindung der Grenzen, die uns seit dem Krieg trennen, und durch das Lernen aus unserer schmerzhaften Vergangenheit erreicht werden kann.“

Dass ehemals verfeindete Menschen sich an Orten von Kriegsverbrechen die Hand reichen können, zeigt, dass ein Weg in Richtung Versöhnung möglich ist, so steinig er auch sein mag. „Es hilft uns, miteinander über das Geschehene zu reden“, sagt einer der Veteranen, „aber sie wollen nicht, dass wir hier zusammen sind“. Er meint damit die Politik. Von den eingeladenen lokalen Politiker*innen ist niemand erschienen. Die Friedensaktionen von CNA werden toleriert, aber nicht unterstützt.

Wenige Wochen nach der Aktion geht eine Beschwerde bei CNA ein. Fünf Verei-

ne aus Busovača behaupten darin, dass in Kačuni kein Lager existiert habe, in dem Menschen zu Schaden gekommen seien, aber an anderen Orten in der Gemeinde habe es Folter und Mord gegen Bosniak*innen gegeben. CNA reagierte mit dem Hinweis auf bestehende Opferaussagen und dem Angebot eines Gesprächs, bei dem auch geklärt werden könne, welche unmarkierten Orte des Leidens die Verfasser*innen der Beschwerde gerne kennzeichnen wollen. Nur im Dialog, so die Überzeugung von CNA, können solche Ressentiments ausgeräumt werden.

CNA setzt sich seit 1997 für die Aufarbeitung der Vergangenheit und den Dialog zwischen den Bevölkerungsgruppen ein. In den beiden Büros in Sarajevo und Belgrad arbeiten insgesamt elf Kolleg*innen in multiethnischen Teams, darunter zwei Fachkräfte des ZFD. Es geht darum, Erlebtes zu verarbeiten, Versöhnung zu erlangen



und eine integrative Erinnerungskultur zu entwickeln. Und die braucht es, damit die Vorstellung von einem gemeinsamen Staat überhaupt entstehen kann. Neben den Gedenkaktionen arbeitet CNA daran, die gesammelten Erkenntnisse systematisch zu dokumentieren, zu erforschen und regelmäßig in Büchern, Ausstellungen, Websites und Seminaren öffentlich zu machen.

LINKS

<https://onms.nenasilje.org>

<https://www.ziviler-friedensdienst.org>



MARTINA RIEKEN
ist Koordinatorin für
Öffentlichkeitsarbeit beim
Konsortium Ziviler
Friedensdienst (ZFD).

rieken@ziviler-friedensdienst.org

Zu wenig Geld für Teebauern

Tee wird in verschiedenen Provinzen Burundis angebaut und ist ein Exportgut. Es gibt dafür sechs Verarbeitungsstätten im Land. Die Teebauern beschwerten sich über den niedrigen Abnahmepreis und fordern, dass dieser erhöht wird.

Germaine und Pascal sind seit vielen Jahren Bauern. Neben verschiedenen Feldfrüchten bauen sie hauptsächlich Tee an. Das Paar lebt mit seinen fünf Kindern in der Provinz Kayanza im Norden Burundis. Ihre grünen Teeblätter bringen sie seit sechs Jahren in die Teefabrik Rwugura.

Pascal klagt, dass er zu wenig Gewinn aus dem Teeanbau hat. „Wir können zwar unsere Kinder ernähren und zur Schule schicken, aber der Preis pro Kilogramm ist immer noch zu gering.“ Er wurde zwar in den vergangenen neun Jahren zweimal erhöht und liegt derzeit bei 280 Burundi-Franc pro Kilo, das entspricht 9,1 Cent. Doch Pascal kommt damit nicht über die Runden: „Wir geben mehr aus, als wir einnehmen. Der Preis muss nach oben korrigiert werden.“

Der 40-jährigen Bäuerin Colette aus Mugamba in der Provinz Bururi im Süden Burundis geht es genauso. Sie überlegt sogar, ganz mit dem Tee-Anbau aufzuhören, weil er sich nicht mehr lohnt. „Ich würde lieber etwas anderes anpflanzen, das ich schnell und einfach ernten kann.“

Die Bäuerin erklärt, dass es verschiedene Händler für Tee gibt. Sie und ihre Nachbarn verkaufen an einen staatlichen Teebetrieb und bekommen dafür Düngemittel und landwirtschaftliche Betriebsmittel subventioniert. Private Unternehmen im Teesektor machen dies nicht. Dafür zahlten sie den Bauern einen höheren Kilopreis für Tee von 300 Burundi-Franc (9,7 Cent), sagt Colette. Sie ist jedoch an den staatlichen Betrieb gebunden: „Der Staat sollte uns besser unterstützen und den Kilopreis erhöhen.“

Dies finden auch Vertreter der Gewerkschaft der Beschäftigten im Teesektor. Sie schätzen die staatliche Unterstützung für den Anbau, fordern aber, dass die Regierung ihr Versprechen umsetzt, die Preise für Blatt-Tee und für Kaffee zu erhöhen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft sagt: „Wir haben vor Freude getanzt, als wir hörten, dass die Preise erhöht werden sollen. Aber wir warten immer noch darauf.“

Burundischer Tee wird ebenso wie Kaffee international geschätzt. Der Verkauf erfolgt über Auktionen in Mombasa in Kenia. Doch im Laufe der Jahre sind die Mengen an produziertem und exportiertem Tee von Jahr zu Jahr gesunken. Zur Förderung des Teeanbaus schlagen Experten vor, die Anbauflächen zu erweitern, die Landwirte besser zu schulen und den Kilopreis zu erhöhen.



MIREILLE KANYANGE
ist Journalistin bei Radio
Isanganiro in Burundi.
mika.kanyange@gmail.com



IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

65. Jg. 2024

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 19.12.2023 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:
Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Jörg Döbereiner (JD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Ssegujja Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout),
Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

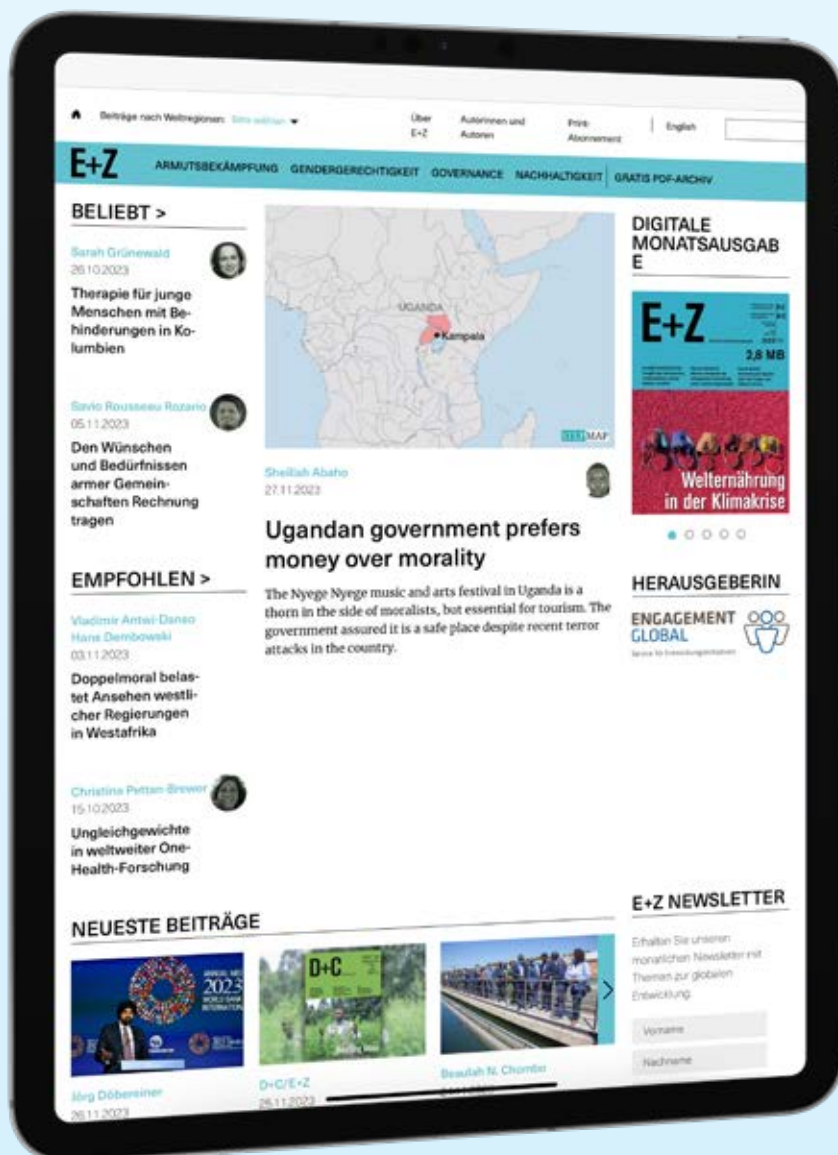
Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Auf unserer Website finden Sie Diskussionsbeiträge und Hintergrundinfos unseres internationalen Autorennetzwerks zu globaler Entwicklung und Zusammenarbeit.

www.dandc.eu



KLIMAVERHANDLUNGEN

Zu wenig, zu spät

1992 beschloss der Erdgipfel in Rio de Janeiro die Klimarahmenkonvention der UN (UNFCCC – UN Framework Convention on Climate Change). Drei Jahrzehnte später ist klar, dass sie nicht gebracht hat, was sie bringen sollte.

Von Hans Dembowski

Die Treibhausgasemissionen sind weiter gestiegen und haben 2023 einen Rekordwert erreicht. Auch die globalen Durchschnittstemperaturen liegen auf Rekordniveau. Der Klimawandel schlägt sich weltweit in zunehmenden Wetterkatastrophen nieder.

Eigentlich sollte die UNFCCC diesen tödlichen Trend stoppen. Anpassung an höhere Temperaturen kam anfangs nicht auf die Tagesordnung, weil sie gar nicht nötig werden sollte. Das wurde sie dann aber – und damit wurde sie knapp 20 Jahre nach Rio doch zum Thema von Klimagipfeln. Abermals wurde nur zögerlich gehandelt, sodass nun ein – bislang unterfinanzierter – Loss and Damage Fund eingerichtet werden musste. Hätte Klimaschutz wie ursprünglich geplant geklappt, würde Geld heute weder für Anpassung noch für Schadensausgleich benötigt.

Das heißt nicht, dass die UNFCCC wertlos wäre. Ohne sie wäre die aktuelle Lage noch schlimmer. Klar ist aber, dass der UNFCCC-Prozess einem Muster folgt: Er liefert zu wenig und zu spät.

Das war auch bei dem jüngsten Gipfel in Dubai so. Er beschloss nicht den Ausstieg aus fossiler Energie, sondern nur die Transition von ihr weg. Das ist besser als nichts, klingt aber nicht nach dem schnellen und entschlossenen Handeln, das nötig wäre, um die Krise in den Griff zu bekommen. Wir wissen nicht, wann – und ob überhaupt – der Wendepunkt erreicht wird.

Ländern mit hohem Einkommen die Schuld zu geben ist leicht. Sie tun tatsächlich zu wenig, zu spät. Ihre Emissionen gehen zu langsam zurück, und sie knausern, wenn es um die finanzielle Unterstützung geht, die weniger starke Volkswirtschaften brauchen, um Klimaschäden zu verkraften

und die Infrastruktur klimafest zu machen. Länder mit niedrigem Einkommen haben kaum CO₂ ausgestoßen, sind aber besonders von Klimafolgen bedroht.

Einen Teil der Verantwortung tragen Länder mit mittlerem Einkommen, und dieser Teil wächst von Jahr zu Jahr. Es fällt auf, dass es kein kohärentes und ehrgeiziges Klimaprogramm der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) gibt. Diese Gruppe einflussreicher Schwellenländer beansprucht, für den globalen Süden zu sprechen. Drei Mitglieder – China, Russland und Indien – gehören nach absoluten Zahlen zu den fünf wichtigsten CO₂-Emittenten, und zwei haben obendrein unverhältnismäßig hohe Pro-Kopf-Emissionen.

Im Schnitt kommt Russlands Bevölkerung auf 13,4 Tonnen im Jahr, das ist etwas weniger als der Vergleichswert in den USA (14,4 Tonnen). In China werden 8,9 Tonnen verbucht, was den globalen Durchschnittswert um beinahe das Doppelte übertrifft und knapp über dem deutschen Wert (8,2 Tonnen) liegt. Solche Zahlen sind nicht nachhaltig.

Russland ist für umweltpolitischen Ehrgeiz nicht bekannt, hat aber die Ukraine überfallen. Der Krieg ist nicht nur blutig, sondern auch CO₂-intensiv. Er lenkt obendrein Aufmerksamkeit und Geld westlicher Staaten von der Klimapolitik ab. Auf ähn-

liche Weise hat chinesisches Säbelrasseln einen teuren Rüstungswettlauf ausgelöst. Nicht nur Taiwan hat Grund zur Sorge, auch Vietnam, die Philippinen und andere Anrainer des Südchinesischen Meeres ärgern sich über Pekings Anmaßungen.

Bei ihrem jüngsten Gipfel in Südafrika beschlossen die BRICS, einige weitere Länder in ihre Gruppe aufzunehmen – darunter drei Ölstaaten: Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und den Iran. Diese Wahl zeigt, dass sie weiter fossile Energie nutzen wollen und keinen großen Wert auf demokratische Regierungsführung legen. Saudi-Arabien (17 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr) und die Emirate (22 Tonnen) sind Länder mit hohem Einkommen. Sie als Vertreter des globalen Südens anzuerkennen fällt schwer, um es milde zu formulieren. Es bleibt offen, was die Anlehnung der BRICS an die OPEC, dem Verband erdölexportierender Länder, Menschen, die in Afrika, Asien und Lateinamerika von Extremwettern bedroht sind, bringen soll.

Wenn die internationale Staatengemeinschaft das „Zu wenig, zu spät“-Muster nicht durchbricht, kann es nicht gelingen, den Temperaturanstieg insgesamt auf 1,5 °C zu beschränken. Reiche westliche Industrienationen müssen mehr tun – und das gilt auch für ehrgeizige Schwellenländer, die beanspruchen, die Interessen des globalen Südens zu vertreten.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z/
D+C.

eu.editor@dandc.eu



Sie beanspruchen, für den globalen Süden zu sprechen: Wladimir Putin und Xi Jinping im Oktober in Peking.

ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Falsche Prioritäten

Die Bundesregierung plant, Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zu kürzen – ein alarmierendes Signal.

Von Åsa Månsson und Lukas Goltermann

Die Haushaltspläne der Ampelkoalition für 2024 sehen vor, den Etat des Entwicklungsministeriums um mehr als 900 Millionen Euro gegenüber 2023 zu kürzen. Im Etat des Auswärtigen Amtes dürften zudem etwa 400 Millionen Euro für humanitäre Hilfe wegfallen. Bereits vor der jüngsten Haushaltskrise waren Pläne bekannt geworden, nach denen in dieser Legislaturperiode Mittel für Entwicklungszusammenarbeit um fast ein Viertel und für humanitäre Hilfe um rund 30 Prozent gekürzt werden sollten.

Die Pläne stehen im krassen Gegensatz zu den steigenden Bedarfen in Entwicklungspolitik, humanitärer Hilfe und internationaler Klimafinanzierung. Die Liste globaler Herausforderungen ist lang, und die Fortschritte bei den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) sind mehr als dürftig. Der Bedarf an humanitärer Hilfe erreicht neue Rekordhöhen, während die verheerenden Folgen der Klimakrise weltweit spürbar werden. Ernährungsunsicherheit und Hunger plagen Millionen und haben sich besonders in Haiti, Jemen, Afghanistan und Somalia zuletzt zugespitzt.

Zugleich verfügen viele Länder im globalen Süden infolge der Pandemie und anderer Belastungen kaum mehr über finanzielle Handlungsspielräume. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Staaten, die mehr Geld für Schuldzinsen ausgeben müssen, als für Bildung oder Gesundheit zur Verfügung steht. Diese prekäre Situation erfordert verstärkte internationale Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung. Darüber hinaus bereiten uns die zunehmenden globalen und regionalen Spannungen aufgrund des Israel-Palästina-Konflikts große Sorgen.

Umso besorgniserregender sind die geplanten Kürzungen der deutschen öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance). Sie lassen Zweifel

aufkommen, ob Deutschland seine im Koalitionsvertrag festgelegten Finanzierungsziele erreichen können: mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für ODA, davon 0,2 Prozent für die ärmsten Länder – plus zusätzliche Mittel für die internationale Klimafinanzierung.

In den vergangenen zwei Jahren erreichte Deutschland das 0,7-Prozent-Ziel aus zwei Gründen: Erstens hat die Regierung während der Pandemie einen kleinen Teil der gigantischen Rettungsfonds genutzt, um Länder im globalen Süden bei der Pandemiebewältigung zu unterstützen. Zweitens hat sie bei der OECD immer mehr Gelder als ODA angemeldet, die den Ländern des globalen Südens gar nicht zugutekommen, etwa Kosten für die Unterbringung von Geflüchteten in Deutschland.

Zur Halbzeit der SDGs muss die Bundesregierung ihr Engagement daher deutlich verstärken. Ein Versagen bei der Agenda 2030 würde die Menschen aus dem globalen Süden am stärksten treffen. Die Bundesregierung muss entschlossen gegen die globale Ernährungskrise, wachsende Ungleichheit, humanitäre Notlagen und den fortschreitenden Klimawandel vorgehen, statt Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe finanziell auszuhöhlen.

Die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Vorhaben soll im Haushalt 2024 immer-

hin von Kürzungen verschont bleiben. Dies trägt der entscheidenden Bedeutung zivilgesellschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit für die SDGs Rechnung und drückt Wertschätzung und Anerkennung aus. NGOs sind unverzichtbar, um Ungleichheiten zu bekämpfen und für Demokratie, Menschenrechte und Frieden einzutreten. Gleichwohl bleibt Deutschland weit entfernt vom OECD-Durchschnitt der Entwicklungsfinanzierung von und durch NGOs, der bei etwa 14 Prozent der bilateralen ODA-Leistung liegt.

Im Jahr 2021 hat VENRO berechnet, dass für die aktuelle Legislaturperiode gut 31 Milliarden Euro für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe fehlen, um wichtige Zielmarken zu erreichen. Die Pläne der Bundesregierung lassen leider nicht erkennen, dass diese Lücke in absehbarer Zeit geschlossen werden wird. Es ist daher umso wichtiger, entschlossen für einen angemessenen Finanzierungsbeitrag zu kämpfen, damit die Bundesregierung ihrer Verantwortung für die sozial-ökologische Transformation besser gerecht wird.



ÅSA MÅNSSON
ist Geschäftsführerin des Verbands Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungs-

organisationen (VENRO).
a.mansson@venro.org



LUKAS GOLTERMANN
ist Experte für haushaltspolitische Themen bei VENRO.

l.goltermann@venro.org



Die globalen Bedarfe übersteigen die verfügbaren Mittel: Vertriebene im Jemen.

Leserbriefe



VERFALL LÄNDLICHER GEGENDEN

Hans Dembowski: „Integrierte ländliche Entwicklung wird immer wichtiger“ (E+Z/D+D Digitale Monatsausgabe 2023/11, Editorial, S. 3)

Integrierte ländliche Entwicklung war auch in Nepal ein beliebtes Schlagwort – in den 1980er-Jahren, wie von Ihnen erwähnt. Mittlerweile ist sie das nicht mehr.

Die Situation hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verschlechtert. Mehrere politische Umwälzungen und ein allgemeiner wirtschaftlicher Abschwung führten dazu, dass die Mehrheit der Landbevölkerung aus Gründen der persönlichen Sicherheit und auf der Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten in urbane Gegenden zog. Die maoistische Rebellion (von 1996 bis 2006) verschärfte die Situation zusätzlich. Nach dem Waffenstillstand von 2006 begannen junge Männer und Frauen, das Land auf der Suche nach Arbeit zu verlassen, in Richtung der Arbeitsmärkte in den Golfstaaten und Malaysia.

Die Abwanderung hält auch heute noch an – täglich verlassen 1500 bis 2000 Menschen Nepal. Obwohl die meisten von ihnen Überweisungen schicken und für eine kurze Atempause von ein paar Monaten zurückkehren, ziehen sie nicht zurück in ihre Dörfer, um ihr eigenes Land zu bestellen oder zu pflegen (einige wurden von den maoistischen Rebellen enteignet).

Das Ergebnis: Nepals fruchtbares Land liegt weiterhin brach. Die Dörfer sind praktisch zu einem Zufluchtsort für ältere Eltern und Großeltern geworden. Es gibt keine staatliche Politik, die den Menschen Anreize gibt, ihr Land zu bewirtschaften und Getreide und Früchte anzubauen. In Ermangelung junger Leute sterben die Alten ohne angemessene Pflege und ohne Beerdigung oder Einäscherung.

Dhruba Adhikary, Nepal

ÖKOSYSTEME UND ARTENVIELFALT

Min Qingwen und Gua Xuan: „Natur plus Kultur“ / Interview mit Melissa de Kock: „Die Grundlage unserer Existenz“ (E+Z/D+D Digitale Monatsausgabe 2023/08, S. 23 / S. 27).

Die Beiträge habe ich mit großem Interesse gelesen. Allerdings ist Mehrfachnutzung in Reisfeldern (Reis, Geflügel, Fisch) keine chinesische Singularität. Sie ist etwa für Java dokumentiert. Alle Beispiele werden ökologisch idealisiert und harmonisiert



Reisernte in Lalitpur, Nepal.

dargestellt. Nirgends wird die Frage gestellt, warum diese Systeme geschaffen wurden und welche Arbeit zur Erhaltung notwendig ist. Es ist ja kein Zufall, dass viele dieser traditionellen Agrarökosysteme vom Verfall bedroht sind, obgleich sie eigentlich hoch-effizient sind.

Es reicht zudem nicht, Globally Important Agricultural Heritage Systems (GIAHS) unter rein ökologischen Gesichtspunkten zu betrachten, es müssen auch die ökonomischen Rahmenbedingungen und besonders die Arbeitsbedingungen erörtert werden. Diese Frage ist zum Beispiel wichtig, um zu beurteilen, wie und ob die Terrassenlandschaft in Shexian erhalten werden kann oder soll.

Zum Interview mit Melissa de Kock: Ökosysteme dürfen nicht mit Artenviel-

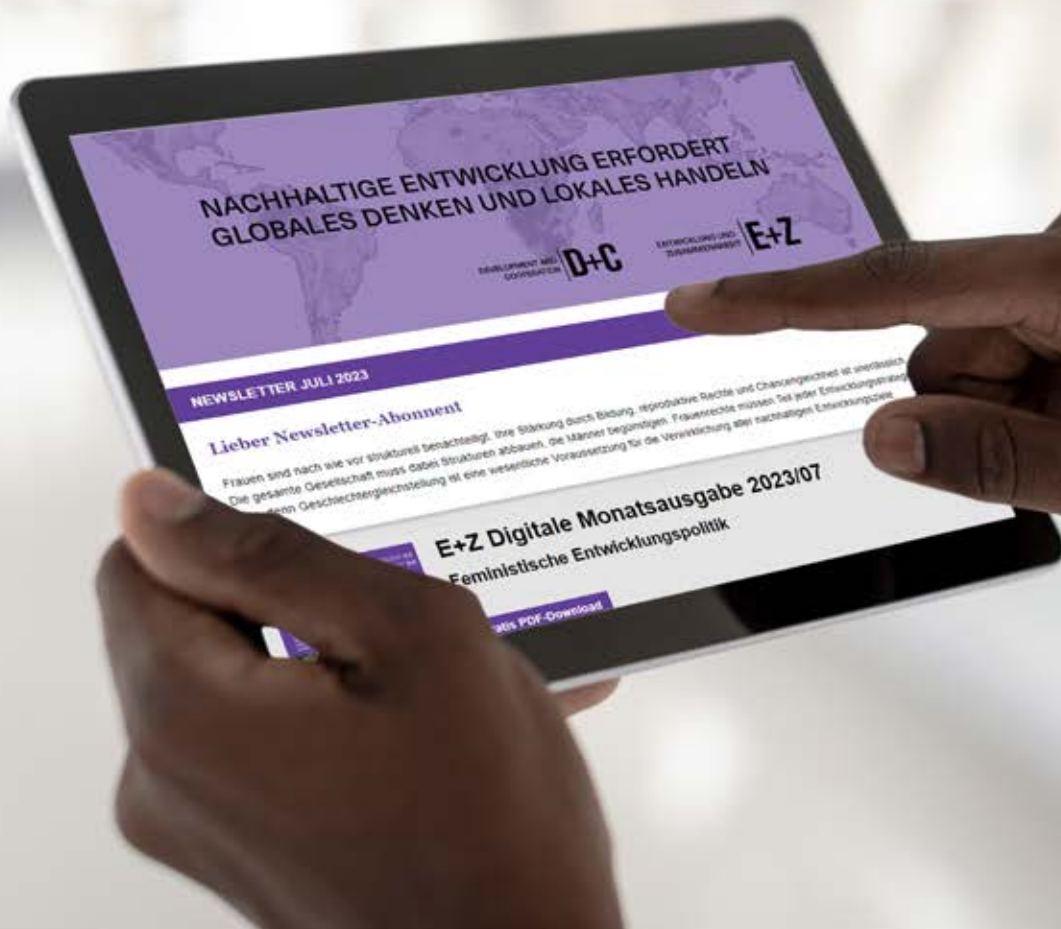
falt gleichgesetzt werden. In der Natur gibt es zahlreiche funktionierende artenarme Ökosysteme. Bei ganzjährig vorhandenen optimalen Wachstumsbedingungen entstehen Ökosysteme, die zwar artenreich aber individuenarm sind, wie der tropische Regenwald. Bei extremen Wachstumsbedingungen können sich dagegen Ökosysteme entwickeln, die zwar artenarm, aber individuenreich sind, wie die Lärchentaiga.

Artenreiche natürliche Ökosysteme sind nicht der einzige Weg, um Sauerstoff zu erzeugen. Ersetzte man beispielsweise den artenreichen tropischen Regenwald durch eine artenarme, aber individuenreiche Monokultur aus Ölpalmen, wäre dies natürlich eine ökologische Katastrophe. Aber auch die Ölpalmen würden durch Photosynthese reichlich Sauerstoff erzeugen. Allerdings steht uns Sauerstoff aus der Photosynthese nur dann zum Atmen zur Verfügung, wenn das Kohlenstoffäquivalent dauerhaft dem Naturkreislauf entzogen und in kohlenstoffhaltigen Sedimenten festgelegt wurde. Sonst wird der Sauerstoff aus der Photosynthese bei der Zersetzung der Biomasse wieder verbraucht.

Dr. Artur Behr, Hermannsburg



Bleiben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf www.dandc.eu.



SCHWERPUNKT

Frühe Kindheit

Welche Ratschläge eine Expertin jungen Müttern im Senegal gibt

Interview mit Dédé Fall (S. 22)

Impfungen gegen Kinderkrankheiten

Von Benjamin M. Kagina (S. 24)

Kindererziehung verändert sich weltweit

Interview mit David Lancy (S. 26)

Internationale Berichte mit Fokus auf frühe Kindheit

Von Roli Mahajan (S. 28)

Mutter in SOS-Kinderdorf gibt Einblicke in ihre Arbeit

Interview mit Jane Nafula (S. 30)

Vorschulbildung für Kinder mit Migrationsgeschichte in Deutschland

Von Leon Kirschgens (S. 32)



GESUNDHEITSBERATUNG

Engagement für gesunde Babys und Mütter

Der Norden Senegals an der Grenze zu Mauritanien ist nur schwach entwickelt. Früh- und Zwangsverheiratung sowie weibliche Genitalverstümmelung (FGM – female genital mutilation) sind weit verbreitet. Das führt bei den betroffenen Mädchen und Frauen oft zu Problemen bei der Periode und bei Geburten. Sie benötigen Beratung zum Thema Kinder- und Müttergesundheit, und diese leisten Gesundheitslotsinnen, sogenannte Badianu-Gokhs. Eine von ihnen ist Dédé Fall. Sie spricht in diesem Interview darüber, woran es Babys in der Region oft mangelt – und welche Ratschläge sie jungen Müttern gibt.

Dédé Fall im Interview mit Sabine Balk

In Senegal ist es üblich, dass Frauen mehrere Kinder bekommen und mit ihrer Mutter sowie anderen weiblichen Verwandten in einem Haus leben. Man müsste meinen, die Frauen geben ihr Wissen rund um Periode, Kinderkriegen und Babyversorgung an ihre Töchter weiter. Warum braucht es Gesundheitslotsinnen wie Sie?

Der Bedarf an Beratung und weiblicher Fürsprache ist bei uns riesengroß. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Die Themen Menstruation und Sexualität zum Beispiel sind noch immer mit sehr viel Scham und Tabus behaftet. Es herrscht viel Unwissenheit hinsichtlich der Versorgung und Ernährung von Babys und Kleinkindern. Das ist nicht bei allen jungen Frauen so, sondern hängt sehr stark davon ab, wie die Beziehung zur Mutter ist. Manche können mit ihrer Mutter über alles reden, und manche haben gar keinen Zugang zu ihr oder schämen sich, mit ihr zu sprechen. Diese Mädchen brauchen Außenstehende wie uns mit viel Erfahrung, die ihnen alles erklären und Fragen beantworten können.

Wie erhalten Sie Zugang zu den Menschen?

Es gibt viele Programme internationaler Nichtregierungsorganisationen, die aufklären und beraten wollen. Die Leute, die sie

einstellen, sind aber Fremde in der Region und werden deshalb auch nicht von der Bevölkerung anerkannt. Wir Badianu-Gokhs hingegen sind Frauen, die direkt aus der Stadt oder den Stadtvierteln der Ratsuchenden kommen. Wir werden von den entscheidenden Akteurinnen und Akteuren aus-

gewählt, zum Beispiel vom Oberhaupt des Viertels, vom Imam und von Vertreterinnen der Frauenorganisationen. Wir kennen die Leute im Stadtteil seit Jahren. Wir sind mit vielen verwandt und werden auch als Verwandte wahrgenommen. Das ist das Schöne am Ansatz der Badianu-Gokhs.

Was sind typische Fragen, mit denen Sie zu tun haben?

Wir haben hier viele noch sehr junge Mädchen, die mit 15, 16 Jahren ungewollt schwanger werden. Sie verheimlichen ihre Schwangerschaft, solange es geht. Wir sprechen diesen Mädchen Mut zu, erklären ihnen, was bei der Geburt auf sie zukommt und was wichtig für ihre Babys ist. Wir un-



Junge Mutter mit ihrem Baby in der senegalesischen Stadt Podor.

terstützen sie auch darin, mit ihren Familien zu sprechen.

Bei der Geburt können bei jungen Mädchen, die noch keine ausgereiften Körper haben, Komplikationen auftreten, wie Geburtsstillstand, Blutungen oder anderes. Es gibt auch Mädchen, deren Genitalien beschnitten sind, da braucht es auch besonderes Fachwissen bei der Geburtshilfe. Wir erklären den werdenden Müttern, was auf sie zukommen kann und was sie im Falle von Problemen tun können. Wenn eine medizinische Behandlung nötig ist, verweisen wir sie an die zuständigen Ärztinnen und Ärzte.

Diese Mädchen, die selbst noch fast Kinder sind, verbergen oft auch ihre Schwangerschaft und binden sich die Bäuche ab. Sie bekommen dann sehr kleine Babys mit nur zwei bis drei Kilo Geburtsgewicht. Zum Glück sind diese Kinder meist gesund, sie brauchen aber dennoch besondere Aufmerksamkeit, damit sie sich normal entwickeln.

Was genau brauchen diese Babys?

Sie brauchen vor allem eine nahrhafte Kost. Die erste Wahl ist immer das Stillen, dazu raten wir den jungen Müttern. Dennoch können manche nicht stillen oder haben nicht genug Milch, um ihre Babys satt zu kriegen. Dann zeigen wir den Müttern, wie sie aus heimischem Getreide wie Hirse, Reis oder Couscous einen geeigneten Babybrei zubereiten können. Da wir keine Babyflaschen haben, bekommen die Babys von Anfang an flüssigen Brei. Das klappt sehr gut.

Zur essenziellen Babyernährung gehört bei uns auch die Verabreichung von Vitamin A. Wir erklären den Müttern, dass bei uns alle Kinder zu wenig Vitamin A bekommen. Wegen fehlenden Obstes und Gemüses sind bei uns viele Kinder mangelernährt. Sie leiden keinen Hunger, doch es fehlen ihnen lebenswichtige Nährstoffe wie Eisen, Zink oder eben Vitamin A. Experten bezeichnen dies als „hidden hunger“, versteckten Hunger. Eine Mangelernährung führt zu verzögertem Körperwachstum und langsamerer Gehirnentwicklung. Die Menschen spüren die Folgen ein Leben lang, sie sind anfälliger für Infektionen und können sich schlechter konzentrieren.

Neben der Ernährung klären wir die Mütter auch über die Wichtigkeit der Impfungen auf und raten ihnen, alle Standardimpfungen wie die gegen Diphtherie,

Keuchhusten, Tetanus, Polio, Tuberkulose oder Hepatitis B verabreichen zu lassen.

Was raten Sie jungen Müttern in Podor noch für ihre Babys?

Wichtig ist die richtige Hygiene. Für die, die es sich leisten können, ist es in Mode gekommen, billige Wegwerfwindeln oder Plastikhöschen aus chinesischer Produktion zu verwenden. Diese enthalten Plastik und Chemie und lassen keine Luft an den

„Wir erklären den Müttern, dass bei uns alle Kinder zu wenig Vitamin A bekommen. Wegen fehlendem Obst und Gemüse sind bei uns viele Kinder mangelernährt.“

Babypopo. Außerdem halten sie oft nicht gut dicht, und die Ausscheidungen der Babys quellen an den Seiten heraus. Dies alles führt zu entzündeter Haut. Zudem sind diese Windeln ganz schlecht für die Umwelt. Wir raten den Frauen, traditionelle Stoffwindeln zu verwenden. Die sind günstig, luftig und damit gut für die Babyhaut. Zudem sind sie umweltfreundlich. Es ist natürlich etwas aufwendiger, da sie gewaschen werden müssen.

Neben der Hygiene gibt es noch einen wichtigen Punkt: Wir sorgen dafür, dass alle Babys unserer Kundinnen staatlich registriert werden und eine Geburtsurkunde bekommen. Wir machen deutlich, wie wichtig es ist, dieses Dokument zu besitzen. Ohne Geburtsurkunde können Kinder nicht zur Schule und zu Prüfungen angemeldet werden. Es fehlen ihnen wichtige Rechte wie das Wahlrecht, Recht auf Sozialleistungen und anderes. In Senegal gibt es jährlich mehrere tausend Schülerinnen und Schü-

ler, die wegen fehlender Ausweispapiere nicht zur Abschlussprüfung zugelassen werden können.

Was sind die Beratungsthemen bei Menstruation?

Das Thema ist noch immer mit sehr viel Scham und Tabu belegt. Die Mädchen trauen sich nicht einmal mit ihren Müttern darüber zu sprechen. Viele Mädchen haben Schmerzen oder verpassen den Unterricht wegen ihrer Periode. Wir klären sie auf, wie sie trotz Periode zur Schule gehen können. Ein wichtiger Aspekt dabei sind gut schützende Binden und funktionierende Schultoiletten. Wenn die Mädchen Schmerzen haben, verweisen wir sie an eine Ärztin oder einen Arzt. Was ich noch betonen möchte, ist, dass wir die Mädchen vor früher Schwangerschaft warnen und über die Risiken aufklären. Wir klären die Mädchen auch über Verhütung auf. So können wir hoffentlich einige frühe Schwangerschaften vermeiden.

Wo beraten Sie, und wer finanziert die Badianu-Gokhs?

Wir bieten unsere Beratung derzeit in der Bücherei der Grundschule Racine Cheikh Sow im Zentrum Podors an, hoffen aber auf den baldigen Bau eines Gesundheits- und Beratungszentrums. Dieses treibt die in Deutschland lebende senegalesische Aktivistin Mariame Racine Sow maßgeblich voran. Sie ist gerade auf der Suche nach einem Bauplatz in Podor und hofft, die dafür nötigen Gelder von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen oder Stiftungen einsammeln zu können. Sie hat auch einen Teil unserer Schulungen zum Thema Menstruation und Schwangerschaft durch Spenden der Schmitz-Stiftungen finanziert. Unsere Arbeit wird teils vom senegalesischen Gesundheitsministerium finanziert und teils lassen uns die Menschen, die zu uns kommen, eine kleine Aufwendung da. Unsere Bezahlung ist aber insgesamt sehr gering.



DÉDÉ FALL

ist eine Gesundheitslotsin in der senegalesischen Stadt Podor. Sie ist selbst Mutter von fünf Kindern und hat sich durch zahlreiche Schulungen ihr Wissen zu reproduktiver Gesundheit, Menstruation sowie Mütter- und Kindergesundheit angeeignet.
euz.editor@dandc.eu

KINDERGESUNDHEIT

Frage von Leben und Tod

In den vergangenen 30 Jahren sank die Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren weltweit deutlich. Um das Ziel von weniger als 25 Todesfällen pro 1000 Lebendgeburten bis 2030 zu erreichen, spielt die Immunisierung gegen Kinderkrankheiten eine entscheidende Rolle.

Von Benjamin M. Kagana

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist die Gesamtzahl der Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren erheblich geschrumpft, von etwa 13 Millionen im Jahr 1990 auf 5 Millionen im Jahr 2020. Die Sterblichkeitsrate ist damit weltweit um 60 Prozent zurückgegangen, von 93 Todesfällen pro 1000 Lebendgeburten (1990) auf 37 (2020). Das globale Ziel für die nächsten sechs Jahre liegt bei unter 25. Es entspricht dem 3. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goal): Gesundheit und Wohlergehen.

Für die kontinuierliche Verbesserung der Gesundheit von Kindern und einen wei-

teren Rückgang der Sterblichkeitsrate sind mehrere Faktoren wichtig. Einer ist in SDG2 („Kein Hunger“) festgehalten: die Bekämpfung von Unterernährung. Letztere ist laut WHO verantwortlich für etwa 45 Prozent aller Todesfälle bei Kindern. Das Thema ist und bleibt aktuell. Obwohl die Zahl unterernährter Kinder unter fünf Jahren zwischen 1990 und 2020 weltweit stetig zurückgegangen ist, waren 2020 noch schätzungsweise 149 Millionen Kinder unterernährt.

Die WHO empfiehlt, Kinder in den ersten sechs Monaten ausschließlich zu stillen – das versorgt sie mit allen wichtigen Nährstoffen für eine gesunde Entwicklung. Doch in Ländern mit niedrigen Einkommen sind Mütter oft selbst unterernährt. Oft ist es daher günstiger und gesünder, die Mütter mit mehr Nahrung zu versorgen, damit sie stillen können, als den Kindern Muttermilchersatzprodukte zu verabreichen, die mit Risiken verbunden sind. Später ist eine ausgewogene Ernährung mit Obst, Gemüse, Vollkornprodukten, magerem Eiweiß, fettarmen Milchprodukten und gesunden

Fetten entscheidend für Wachstum, kognitive Entwicklung und das Immunsystem. Nur wenn sich Kinder gesund ernähren, können sie lernen, produktiv sein und den Kreislauf von Armut und Hunger durchbrechen.

Darüber hinaus ist gute Hygiene entscheidend, um Infektionserreger einzudämmen. Dazu gehören das Abdecken von Mund und Nase beim Husten oder Niesen und regelmäßiges Händewaschen mit Wasser und Seife. Dies frühzeitig zu vermitteln kann das Risiko häufiger Infektionen im Kindesalter verringern, etwa Durchfallerkrankungen – nach Lungenentzündungen die zweithäufigste Todesursache bei Kindern unter fünf Jahren. Auch Ausbrüche von Cholera und Typhus lassen sich durch gute Hygiene vermeiden.

Globale Gesundheitsbedrohung

Hygiene wiederum hängt vom Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen ab. So lässt sich auch das Risiko von Antibiotikaresistenzen verringern. Zum einen sinkt der Bedarf an Antibiotika, zum anderen das Risiko für Infektionskrankheiten. Die zunehmende Resistenz von Bakterien gegen Antibiotika (antimicrobial resistance – AMR) ist alarmierend und gilt inzwischen als globale Bedrohung für die öffentliche Gesundheit.

Krankheitsanzeichen bei Kindern frühzeitig zu erkennen ist entscheidend, um Komplikationen vorzubeugen und Probleme zu identifizieren, die nicht sofort ersichtlich sind, wie Entwicklungsverzögerungen oder Verhaltensauffälligkeiten. So ist rechtzeitiges Eingreifen möglich. Darauf zielt auch die Strategie „Integrated Management of Childhood Illness (IMCI)“ von WHO und UNICEF ab, die die Versorgung von Kindern unter fünf Jahren in den Fokus rückt. Sie soll Prävention und Gesundheitsförderung als integrale Bestandteile der Versorgung etablieren. Verbessert werden so etwa die Durchimpfungsrate, das Wissen zu gesundheitlichen Themen sowie die häusliche Pflege von Kleinkindern.

Auf Betreuungspersonen kommt es an

Die Strategie stützt sich auf das Wissen und die Fähigkeiten der Betreuungspersonen, ob Eltern, andere Familienmitglieder oder Fachpersonal. Eine stabile, positive Bezie-



Kinderimpfung in Sierra Leone.

hung zwischen ihnen und den Kindern ist ein Schlüsselfaktor für gesundes Wachstum und Entwicklung. Sie ist entscheidend für das physische und psychische Wohlbefinden von Kleinkindern und die Entwicklung ihres Gehirns. Betreuungspersonen müssen daher über die notwendigen Ressourcen verfügen, um Kindern von klein auf ein förderliches Umfeld zu bieten.

Dazu gehört auch, den Nutzen von Impfungen zu kennen (siehe Kasten) und Kinder rechtzeitig gemäß Impfplan zu impfen. Impfstoffe regen das Immunsystem dazu an, Antikörper gegen spezifische Infektionen zu produzieren und schützen Kinder somit vor Krankheiten wie Masern, Polio und Diphtherie. Global sind derzeit Impfstoffe zur Vorbeugung gegen etwa 25 Krankheiten vorhanden. Einige dieser Krankheiten können tödlich sein, vor allem für junge Kinder. Da sich bei Kindern unter fünf Jahren das Immunsystem noch entwickelt, sind sie besonders anfällig für Infektionskrankheiten. Die Impfung ist für sie deshalb besonders wichtig.

Die Wirksamkeit von Impfungen kann sehr hoch sein. Die der Masernimpfung liegt etwa laut einer im *Journal of Infectious Diseases* veröffentlichten Arbeit bei bis zu 94 Prozent. Trotz solcher Vorteile sind Impfungen aber regional immer noch nicht überall in gleicher Menge verfügbar, was den Rückgang der Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren bremst.

Hinzu kommen weitere Faktoren wie die sozioökonomischen Bedingungen, die Infrastruktur des Gesundheitswesens und kulturelle Aspekte. Die Covid-19-Pandemie hat bestehende Probleme verschärft; sie hat die Bereitstellung von Gesundheitsleistungen unterbrochen, die Gesundheitssysteme belastet und ohnehin knappe Ressourcen beansprucht. Das Gleiche gilt für Konflikte und die Auswirkungen der Klimakrise. UNICEF zufolge haben allein in Afrika 12,7 Millionen Kinder in den vergangenen drei Jahren eine oder mehrere Impfdosen verpasst und 8,7 Millionen keine einzige Dosis erhalten. In Nigeria und Äthiopien ist die Zahl der Kinder, die nicht jedes Jahr

die Basisimpfungen erhalten, mit mehr als 2,2 Millionen beziehungsweise 1,1 Millionen am höchsten.

Zwar tragen verschiedene Faktoren zur Gesundheit von Kindern bei, doch Impfungen stechen heraus. Sie bieten langfristigen Schutz, verhindern die Ausbreitung von Infektionskrankheiten – und retten letztlich Leben. Außerdem entlasten sie das Gesundheitswesen, da sie teure Behandlungen verhindern und Resistenzen gegen antimikrobielle Mittel verringern. Liegen Bedenken oder Fragen zum Impfen vor, ist es wichtig, dass Fachpersonal zur Beratung bereitsteht.



BENJAMIN M. KAGINA

ist Associate Professor und Direktor des NITAGs Support Hub (NISH). Er ist zudem Co-Direktor der Vaccines for

Africa Initiative (VACFA) an der School of Public Health and Family Medicine der Universität von Kapstadt.

benjamin.kagina@uct.ac.za

Todesfälle verhindern

Impfungen sind eine hochwirksame Maßnahme des öffentlichen Gesundheitswesens: Sie schützen Kinder vor lebensbedrohlichen Krankheiten und tragen dazu bei, die Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren weltweit erheblich zu senken (siehe Haupttext). Eine wichtige Rolle spielte dabei das 1974 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ins Leben gerufene erweiterte Impfprogramm (Expanded Programme on Immunization – EPI). Damals erhielten Kinder in allen Ländern Impfstoffe gegen sechs Krankheiten. Laut WHO hat sich das Programm bis 2022 so weiterentwickelt, dass Kinder in den meisten Ländern routinemäßig gegen bis zu zwölf Krankheiten geimpft werden können.

Über den individuellen Schutz hinaus fördern Impfungen die Herdenimmunität, indem sie für hohe Impfraten sorgen und so gefährdete Personen schützen. Herdenimmunität ist erreicht, wenn fast alle in Frage kommenden Personen geimpft sind. Hohe Impfraten sind besonders wichtig für jene,



Polioimpfung im Rahmen einer Impfkampagne in Karachi, Pakistan.

die nicht geimpft werden können, etwa weil sie sehr alt oder sehr jung sind. Besonders effektiv ist es, schwangere Frauen zu impfen – so sind auch die Kinder für die erste Zeit geschützt, in der sie noch nicht geimpft werden dürfen. Aus diesem Grund wird beispielsweise seit den 1960er-Jahren empfohlen, gegen Tetanus während der Schwangerschaft zu impfen. Studien haben gezeigt, dass die Krankheit weltweit auch deshalb nahezu ausgerottet ist.

Neben Tetanus sollten schwangere Frauen auch gegen Keuchhusten, Diphtherie und Influenza geimpft werden.

Konstant hohe Impfquoten sind entscheidend, um Ausbrüche bestimmter Infektionskrankheiten zu verhindern, sowohl bei Kindern als auch bei älteren Menschen. Impfkampagnen sind neben den Routineimpfungen wichtig, um die Öffentlichkeit für die Vorteile von Impfungen zu sensibilisieren und auch Kinder zu erreichen, die noch nicht gemäß dem nationalen EPI-Plan geimpft wurden.

Der kontinuierliche Anstieg der Durchimpfungsrate seit der Einführung des EPI bedeutet, dass immer mehr Kinder weltweit vom Zugang zu Impfstoffen profitieren. Laut WHO tragen Impfstoffe dazu bei, jährlich schätzungsweise 2 bis 3 Millionen Todesfälle zu verhindern. **BMK**



Spielen ist ein wesentlicher Bestandteil des Lernens.

ANTHROPOLOGIE DER KINDHEIT

Kultur prägt die frühe Kindheit

Während einige Gesellschaften erheblich in frühkindliche Bildung investieren, gibt es global betrachtet große kulturelle Unterschiede beim Lernen und in der Erziehung. Im E+Z-Interview argumentiert der Kulturanthropologe David Lancy, dass Globalisierung und Marktwirtschaft die Erziehungsmuster aller Kulturen verändern.

David Lancy im Gespräch mit Katharina Wilhelm Otieno

Wie prägt die Kultur die frühe Kindheit?

Kultur hatte im Laufe der Geschichte einen großen Einfluss auf frühkindliche Erziehung. In vielen Kulturen ist ein Kind erst dann ein vollwertiger Mensch, wenn es sich fortbewegen und sprechen kann, also einen gewissen Entwicklungsstand erreicht hat.

Kulturen haben diverse Mechanismen wie Rituale entwickelt, die die Kindheitsphasen begleiten. Einer ihrer Zwecke ist es, Kinderbetreuung zu erleichtern, insbeson-

dere in Gesellschaften, in denen Säuglinge nicht als eigenständige Person angesehen werden.

In einem meiner Artikel argumentiere ich deshalb, dass entgegen der häufigen Annahme, Bindung zwischen Kind und Eltern erfordere Anstrengung, Erziehung auch „losgelöst“ funktioniert. Viele Gesellschaften glauben, Bindung entwickle sich von selbst. Kinder fühlen sich von Natur aus zu Älteren hingezogen, weil sie diejenigen sind, die Essen und andere Annehmlichkeiten haben.

Interessanterweise hat die moderne Gesellschaft eine eigene Kultur rund um Kinderbetreuung entwickelt – mit Spielzeug, Büchern, Regeln und Institutionen. Besonders in der WEIRD-Gesellschaft haben wir unser Leben um Kinder herum organisiert.

Was meinen Sie mit WEIRD-Gesellschaft?

Die Sozialwissenschaft verwendet den Begriff in letzter Zeit häufig, um auf gesell-

schaftliche Unterschiede hinzuweisen. Er steht für Western Educated Industrialized Rich Democracies – westliche, gebildete, industrialisierte und reiche Demokratien. Dieser Begriff ist genial, muss aber an die Realität angepasst werden. Man sollte etwa berücksichtigen, dass es viele Gemeinsamkeiten zwischen westlichen (euro-amerikanischen) und ostasiatischen pädagogischen Gepflogenheiten gibt. Der Begriff „industriell“ sollte besser durch „postindustriell“ ersetzt werden, da die WEIRD-Pädagogik in der sogenannten Wissensgesellschaft am stärksten ausgeprägt ist. „Reich“ ist ebenfalls irreführend, denn die Gemeinschaften, die sich die WEIRD-Pädagogik vollständig zu eigen gemacht haben, gehören eher zur Mittelschicht. Und es sind beileibe nicht alle Demokratien; man findet WEIRD-Gemeinschaften in jedem Land der Welt. Nichtsdestotrotz schätze und verwende ich den Begriff, weil er sich durchgesetzt hat.

In WEIRD-Gesellschaften neigen wir dazu, weniger Kinder zu haben – auch, weil wir uns dann besser auf die konzentrieren können, die wir haben. Wir investieren viel in frühkindliche Betreuung und Bildung. Vor hundert Jahren war das auch in WEIRD-Gesellschaften noch anders.

Wie wichtig ist frühkindliche Bildung?

Frühkindliche Bildung ist ein junges Konzept. Man sollte deshalb vorsichtig sein, wenn man Mütter aus verschiedenen Kulturen in Workshops hierzu schulen möchte. Die WEIRD-Ideale können sich erheblich von denen in anderen Teilen der Welt unterscheiden.

Effektiver wäre, in Bildung von Frauen zu investieren, bevor sie Mütter werden. Studien haben gezeigt, dass schon wenige Jahre Schulbildung zu Verhaltensänderungen bei Müttern führen können. Sie bekamen weniger Kinder und kümmerten sich besser um sie. Wurden Kinder krank, schätzten ihre Mütter besser ein, wann sie eine Klinik aufsuchen sollten, und deuteten ihre Symptome besser.

Frauen stehen im Fokus solcher Maßnahmen, weil etliche Studien gezeigt haben, dass in vielen Gesellschaften Väter zumindest bei der frühkindlichen Betreuung kaum beteiligt sind. In WEIRD-Gesellschaften hingegen wird dies von den Vätern erwartet.

Was bedeutet Lernen in der Kindheit in verschiedenen Kulturen?

Lernen findet nicht nur in der Schule statt, sondern nimmt unterschiedliche Formen an. In vielen Gesellschaften etwa erlernen und üben Kinder beim Spielen Fähigkeiten, die sie später als Erwachsene brauchen werden. Fantasie spielt dabei eine große Rolle. Mit ihr ahmen sie alltägliche Aufgaben wie Kochen oder Viehhüten nach. Allein beim Beobachten, Zuhören, Nachahmen und Spielen lernen Kinder viel – ich nenne es auch das „Klassenzimmer des Alltags“. Während westliche Gesellschaften großen Wert auf strukturiertes Lernen in Institutionen legen, verlassen sich viele Kulturen traditionell auf kindliche Neugierde.

Anthropolog*innen sind immer auf der Suche nach Gemeinsamkeiten zwischen den Kulturen. Lässt sich etwas universell „Menschliches“ erkennen?

Nun, alle Kinder werden bedürftig geboren. In den ersten Jahren können sie nicht allein überleben. Deshalb werden Säuglinge weltweit gestillt. Infolgedessen binden sich alle Kinder schon sehr früh an ihre Familie und ihre Umgebung – sie wollen dazugehören.

Autonomie ist ein weiteres universelles Bedürfnis. Kinder wollen die Freiheit haben, Dinge auszuprobieren und die Welt zu erkunden. Sie sind von Natur aus neugierig.

Ein Unterschied besteht darin, wie Gesellschaften diese Bedürfnisse erfüllen. Kulturen in Afrika, Lateinamerika und Asien haben da viele Gemeinsamkeiten. Die meisten Gesellschaften betrachten Kinderbetreuung als gemeinsame Aufgabe. Manchmal ist die gesamte Gemeinschaft in die Erziehung eingebunden.

Das bedeutet jedoch nicht, dass Kleinkindern besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Nur selten versuchen Erwachsene, Kindern gezielt etwas beizubringen. Auch intensives Spielen und Reden ist nichts, worauf Wert gelegt würde.

Welche Unterschiede in der frühkindlichen Erziehung und Betreuung gibt es zwischen den Kulturen?

Wenn wir WEIRD-Gesellschaften einbeziehen, gibt es eine Menge Unterschiede. Manche Eltern in WEIRD-Gesellschaften überschütten ihre Kinder von klein auf mit Liebe, Unterhaltung und Geschenken. In vielen anderen Gesellschaften ist das nicht der Fall. Manche Mütter sehen etwa keinen Sinn darin, ihren Kleinkindern den besten Teil einer Mahlzeit zu geben, weil diese ihn

noch nicht zu schätzen wüssten. Es seien die Älteren, die das verdient hätten.

In der WEIRD-Gesellschaft neigen wir dazu, jedem Bedürfnis des Kindes vorzugreifen. Im Rest der Welt geht es eher darum, das Kind die Grenzen seiner Möglich-

„Ich glaube nicht, dass traditionelle Erziehungsmethoden Kinder irgendwie zurückhalten. Vielmehr sind wirtschaftliche Chancen und Beschäftigung entscheidend, um kulturelle Barrieren zu überwinden.“

keiten entdecken zu lassen. Spielt ein Kind etwa mit einem Messer, sorgen sich WEIRD-Eltern, dass sich das Kind schneiden könnte. In anderen Gesellschaften wird argumentiert, dies sei Teil des Lernprozesses.

Welche Rolle spielen Geschwister und Gleichaltrige in der frühen Kindheit?

Kinder verbringen seit jeher viel Zeit mit ihren Geschwistern und Gleichaltrigen, insbesondere ab einem Alter von etwa 18 Monaten. Das Kind verlässt also früh das „Nest“ und geht hinaus in die Welt, umgeben von anderen Kindern.

Untersuchungen zeigen, dass Kinder nicht nur von Erwachsenen erzogen werden. Tatsächlich spielen Erwachsene zu bestimmten Zeiten im Leben eines Kindes eine eher untergeordnete Rolle. In gewisser Weise erziehen sich Kinder dann gegenseitig. In einigen Gesellschaften sind Erwachsene lediglich Vorbilder und Versorger. Fürsorge unter Geschwistern ist hingegen sehr verbreitet. Dass ältere Geschwister bis zu einem gewissen Grad für jüngere sorgen, scheint sogar universell zu sein.

Gleichzeitig gibt es für Kinder in WEIRD-Gesellschaften immer seltener Gelegenheiten, mit anderen Kindern außerhalb eines strukturierten Umfelds zu interagieren, weil Familien schrumpfen und die Erziehung immer mehr in Einrichtungen stattfindet.

Kulturen verändern sich mit der Zeit. Wie verändern sich Erziehungsmuster in einer zunehmend globalisierten Welt?

Das ist schwierig zu sagen. Aber eine Studie von Barbara Rogoff und anderen ist hier auf-

schlussreich. Sie untersuchten unter anderem indigene mexikanische Einwanderergemeinschaften in den Vereinigten Staaten und kamen zu der Erkenntnis: Das Ausmaß, in dem traditionelle Erziehungswerte in diesen Gemeinschaften fortbestehen, scheint davon abzuhängen, inwieweit Kinder weiterhin beim Versorgen der Familien einbezogen werden. Auch die Art der Wirtschaft, an der die Gemeinschaft teilhat – überwiegend monetär oder auf Subsistenzbasis – spielt eine Rolle.

Wenn Kinder von klein auf in diese Tätigkeiten eingebunden sind, verbringen sie auch weniger Zeit in Bildungseinrichtungen und übernehmen eher traditionelle Werte. Wenn Familien jedoch der Mittelschicht angehören, in die Stadt ziehen und stärker in die Marktwirtschaft integriert werden, übernehmen sie eher WEIRD-Werte, in denen institutionelle Bildung wichtig ist.

Behindern traditionelle Erziehungswerte die Vorbereitung auf die globalisierte Welt und multikulturelle Gesellschaften?

Ich glaube nicht, dass traditionelle Erziehungsmethoden Kinder irgendwie zurückhalten. Vielmehr sind wirtschaftliche Chancen und Beschäftigung entscheidend, um kulturelle Barrieren zu überwinden. Die meisten Eltern – auch diejenigen, die an traditionellen kulturellen Werten festhalten – möchten ihren Kindern bessere Chancen ermöglichen.

Kapitalismus und Globalisierung sind Realitäten, mit denen alle Menschen konfrontiert sind. Auch Armut gehört dazu. Familien, ob sie nun auf Tradition Wert legen oder nicht, schicken ihre Kinder in die Schule und in die Stadt, um Geld zu verdienen, das sie an ihre Familien im Dorf zurückschicken.

BUCH

Lancy, D. F., 2024. *Learning without lessons: pedagogy in indigenous communities*. Oxford University Press. (Erhältlich ab Januar 2024.)



DAVID LANCY

ist ein US-amerikanischer Kulturanthropologe. Er ist ein Pionier der Teildisziplin

Kindheitsanthropologie und emeritierter Professor an der Utah State University.

david.lancy@USU.edu
<https://www.davidlancy.org/>



Kind in einem syrischen Flüchtlingslager.

INTERNATIONALE REPORTS

Entscheidende Grundlagen

Die ersten 1000 Tage im Leben eines Kindes sind maßgeblich für alles Weitere. 2023 wurde die frühkindliche Entwicklung aus verschiedenen Blickwinkeln analysiert – genau zur Halbzeit der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs – Sustainable Development Goals). Alle SDGs haben einen Bezug zur frühen Kindheit.

Von Roli Mahajan

Jährlich sterben 5 Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag, etwa drei Viertel davon im ersten Lebensjahr, wie der Goalkeepers Report der Bill & Melinda Gates Foundation berichtet. Zwei Millionen Babys schaffen nicht einmal den ersten Atemzug. Seit Mitte der 2010er-Jahre zeigt sich zwar ein gewisser Fortschritt,

aber die Todesraten sinken nicht schnell genug.

Die Autor*innen des Reports unterstreichen, wie zentral die frühe Kindheit für die menschliche Entwicklung ist. Sie wirkt sich lebenslang auf Gesundheit, Bildung und letztlich auch wirtschaftlichen Erfolg aus. Millionen von Kindern weltweit fehlt es jedoch an Zugang zu medizinischer Grundversorgung, gesunder Ernährung und Bildung. Für sie erhöht sich somit das Risiko für vermeidbare Krankheiten, bis hin zum Tod.

Der Bericht erwähnt aber auch Innovationen im Bereich der Mutter-Kind-Gesundheit, die bis zum Ende des Jahrzehnts 2 Millionen Leben retten könnten. Dazu gehören digitale Gesundheitstools, neue Impfstoffe und bessere Versorgung von Müttern

und Neugeborenen. All dies hilft Kindern, die in schwierigen Kontexten aufwachsen, die nötige Pflege und Unterstützung zu erhalten.

Auch unterstreicht der Bericht die Notwendigkeit, mehr in frühkindliche Bildung zu investieren. Trotz erwiesener Vorteile haben viele Kinder, besonders in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen, immer noch keinen Zugang zu guten Vorschulprogrammen.

Der im November veröffentlichte Global Report on Teachers der UNESCO hebt hervor, wie wichtig Erzieher*innen für die Förderung integrativer und hochwertiger frühkindlicher Bildung sind. Dem Bericht zufolge mangelt es in vielen Ländern an Fachpersonal. Zu den Folgen gehören Qualitätseinbußen bei Bildungsangeboten und ein Mangel an frühkindlichen Programmen.

In Regionen wie Subsahara-Afrika, Lateinamerika, der Karibik und in den kleinen Inselentwicklungsländern (SIDS) sind weniger als 75 Prozent der Lehrkräfte für Vorschulerziehung qualifiziert. Es gibt große Unterschiede zwischen den Ländern.

Einige schneiden mit mehr als 90 Prozent qualifizierten Lehrkräften gut ab, andere deutlich schlechter (weniger als 50 Prozent). Selbst in Industrieländern wie Australien zögern Hochschulabsolvent*innen, als Vorschullehrer*innen zu arbeiten, sodass ein erhöhtes Risiko für Lehrkräftemangel besteht.

Die Autor*innen des Global Report on Teachers betonen die Bedeutung frühkindlicher Bildung als Basis für lebenslanges Lernen und Entwicklung. Diese muss integrativ und gerecht sein und die unterschiedlichen Hintergründe und Begabungen der Kinder berücksichtigen. Zudem sollten die Eltern und das Umfeld der Kinder in deren Lernen und Entwicklung stärker eingebunden werden.

Verschiedene Interessengruppen in die frühkindliche Entwicklung einzubeziehen steht im Einklang mit Strategien wie dem 2018 Nurturing Care Framework for Early Childhood Development, ins Leben gerufen von WHO, UNICEF, Weltbank, Part-

nership for Maternal, Newborn and Child Health und dem Early Childhood Development Action Network.

Im Nurturing Care Framework geht es besonders um das Ökosystem, in dem kindliches Wachstum stattfindet und das bereits zu Hause beginnt. Die 2023 durchgeführte Fünfjahresbewertung des Frameworks zeigte: Die Zahl der Länder mit einem nationalen politischen Programm oder einem Aktionsplan für frühkindliche Entwicklung stieg um 48 Prozent.

Länder wie Irak, Jordanien, Libanon und Syrien stellten Betreuer*innen von Kindern in den Mittelpunkt, um ihnen zu helfen, mit Stress umzugehen und zu lernen, in einem humanitären Kontext auf kindliche Bedürfnisse einzugehen. In Indien wurde ein integrativerer Ansatz verfolgt, bei dem sich Eltern und andere Betreuende von Kindern mit Entwicklungsbedarf gegenseitig unterstützen. In Bangladesch wurde bedarfsgerechte Ernährung in ein Elternprogramm integriert, um gegen die weit ver-

breitete Mangelernährung und Ernährungsunsicherheit in Familien mit Kindern unter drei Jahren vorzugehen.

LINKS

Bill & Melinda Gates Foundation, 2023: Goalkeepers Report.

<https://www.gatesfoundation.org/goalkeepers/report/2023-report/>

UNESCO, 2023: Global report on teachers: Addressing teacher shortages.

<https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000387400>

WHO, UNICEF et al., 2023: Nurturing care framework progress report 2018-2023: reflections and looking forward.

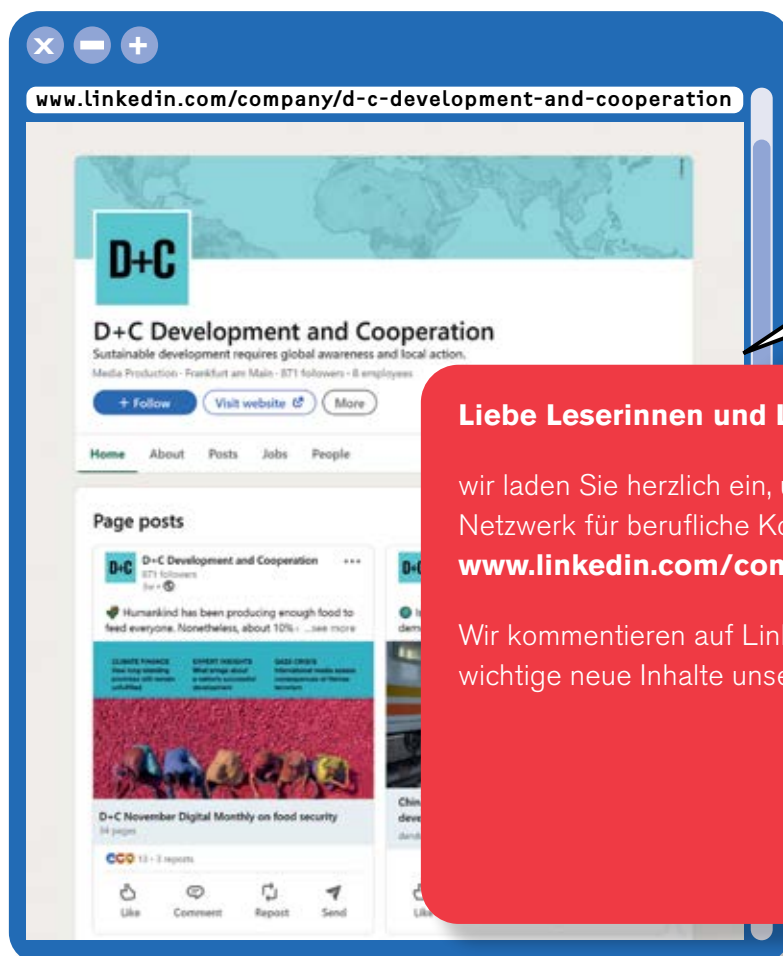
<https://reliefweb.int/report/world/nurturing-care-framework-progress-report-2018-2023>



ROLI MAHAJAN

ist eine Journalistin aus Lucknow, Indien.

roli.mahajan@gmail.com



Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter

www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hin.

ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT | **E+Z**



Eine SOS-Mutter im Kinderdorf Gwagwalada in Nigeria.

KINDERHILFE

„Man muss sie fest in den Arm nehmen“

Viele Kinder in Ländern mit niedrigem Einkommen sind Waisen oder haben niemanden, der sich um sie kümmert. Sie sind auf Hilfe von außen angewiesen. Internationale Hilfsorganisationen sind dann oft ein Rettungsanker. Jane Nafula, seit 30 Jahren Pflegemutter im SOS-Kinderdorf in Nairobi, sprach mit E+Z/D+C über die Betreuung benachteiligter Kinder.

Jane Nafula im Interview mit Katharina Wilhelm Otieno

Was brauchen Kinder in den ersten Lebensjahren, um gesund und glücklich zu sein?

Vor allem brauchen kleine Kinder eine feste Bezugsperson. Diese Person ist die zentrale Figur in den ersten Lebensjahren. Säuglinge und Kleinkinder sind auf andere Menschen angewiesen, um zu überleben und

um Grundbedürfnisse nach Nahrung, Unterkunft und Sicherheit erfüllen zu können.

Als SOS-Kinderdorfmutter sind Sie eine solche Bezugsperson. Was brauchen die Kinder, die Sie betreuen, in ihrer frühen Kindheit?

Ich habe derzeit neun Kinder in meiner Obhut. Für mich hat oberste Priorität, dass sie sich sicher fühlen. Ich muss es ihnen ermöglichen, eine Bindung zu mir aufzubauen, auch wenn ich nicht ihre leibliche Mutter bin. Bei Säuglingen erfordert dies Körperkontakt. Man muss sie in den Arm nehmen, sie festhalten, sie tragen. Für Säuglinge ist das lebenswichtig – vor allem, wenn es diese Betreuung dort, wo sie herkommen, nicht gab.

Ich bin auch für die Gesundheit der Kinder verantwortlich. Dazu gehören regel-

mäßige ärztliche Untersuchungen und die Einhaltung des Impfplans, was besonders für sehr junge Kinder wichtig ist. Und es braucht eine ausgewogene Ernährung, es müssen also Eiweiß, Kohlenhydrate und Vitamine im Speiseplan enthalten sein.

Welchen Herausforderungen sind Kinder in einem Land mit niedrigem Einkommen wie Kenia ausgesetzt, und was bedeutet das für ihre ersten Lebensjahre?

Das größte Problem ist natürlich die Armut und alles, was sie mit sich bringt. Mangelhafte Unterkünfte an überfüllten Orten ohne angemessene Infrastruktur – insbesondere ohne sanitäre Einrichtungen – sind keine gute Voraussetzung für das Aufwachsen von Kindern, ganz zu schweigen von Kleinkindern. Dies führt zu Krankheiten, Unterernährung und macht eine gesunde Entwicklung unmöglich. Im Gegenteil, oft sterben Kinder unter solchen Umständen.

Durch Armut fehlt oft eine angemessene Betreuung. Schlimmstenfalls haben Kinder in kenianischen Slums nicht einmal eine Betreuungsperson. Häufig führt der Druck der Armut dazu, dass Kinder vernachlässigt werden oder Streit vor ihren Augen ausbricht. Es gibt auch viele Fälle von Missbrauch in jungen Jahren, sogar von

sexuellem Missbrauch. Diese Kinder leiden womöglich ihr Leben lang unter Trauma und Stress.

Welche kulturellen Faktoren beeinflussen Kinderbetreuung und frühkindliche Entwicklung?

In Kenia gibt es mehr als 40 ethnische Gruppen. Ihre Kulturen und Überzeugungen unterscheiden sich in gewissem Maße, und das gilt auch für ihre Kinderbetreuungspraktiken. Manche dieser Praktiken sind sehr schädigend für das Kind, wie etwa die weibliche Genitalverstümmelung (FGM), die einige Gemeinschaften leider immer noch praktizieren.

Anderswo ist der Schaden eher indirekt. Manche Gruppen finden, dass man Kinder sehen, aber nicht hören sollte. Sie zeigen ihnen wenig Zuneigung und lehren sie, Probleme für sich zu behalten und still zu sein, besonders in Anwesenheit Älterer. Das mindert das Selbstwertgefühl der Kinder von klein auf, da sie sich mit ihren Sorgen an niemanden wenden können.

Andere Kulturen glauben immer noch, Mädchen sollten nicht zur Schule gehen und seien nur dazu da, eines Tages verheiratet zu werden. Nur die Jungen erhalten Bildung.

In einigen Teilen Kenias weiß man zudem wenig darüber, wie man Kinder medizinisch versorgt. Kranke Kinder werden dann nicht ins Krankenhaus gebracht, sondern beispielsweise mit Kräutermedizin verarztet, die nicht immer wirkt.

SOS-Kinderdörfer setzen auf familienorientierte Betreuung. Wie hilft das dabei, Kindern in ihren ersten Lebensjahren ein stabiles Umfeld zu geben?

Familienorientierte Betreuung bedeutet, dass Kinder eine langfristige, feste Bezugsperson haben. In jedem Kinderdorf gibt es etwa zehn bis 15 Häuser. In jedem Haus leben zehn Kinder und ihre Betreuerin, in Kenia sind das immer Frauen. Die Kinder wachsen also mit Geschwistern und einer Mutter in einem familiären Umfeld unter einem Dach auf. Das brauchen Kinder von klein auf: eine stabile Umgebung mit vertrauten Gesichtern, eine Familie. Als SOS-Mutter verstehe ich meine Kinder, weil ich den größten Teil ihres Lebens mit ihnen verbracht habe. Ich kenne sie mit all ihren Stärken und Schwächen. Die Kinder hängen an mir, auch die, die schon erwachsen sind.

Welche Bildungsmöglichkeiten bietet SOS den Kindern von Anfang an, und wie werden sie dadurch auf eine bessere Zukunft vorbereitet?

SOS sorgt für Plätze in guten Kindergärten und für alle notwendigen Materialien. Hier in Nairobi haben wir einen öffentlichen Kindergarten auf dem Gelände, dort gehen alle kleinen Kinder aus dem Kinderdorf hin.

„Diese Gemeinschaft ist unser soziales Sicherheitsnetz.“

In Spielgruppen können sie dort Dinge spielerisch erkunden, durch Malen, Zeichnen oder den Umgang mit Materialien. Es gibt auch ersten Unterricht, in dem den Kindern zum Beispiel vorgelesen wird. Wir haben auch viel Spielzeug im Haus und einen Spielplatz im Dorf, die Kinder können also auch außerhalb des Kindergartens spielen. Das ist in diesem Alter sehr wichtig für die Entwicklung des Gehirns und um sie mit verschiedenen Materialien, Werkzeugen, Zahlen, Buchstaben und ihren eigenen Fähigkeiten vertraut zu machen.

Sobald wir als Betreuerinnen merken, dass ein Kind in seiner Entwicklung Probleme hat, gehen wir mit ihm zu einer Fachperson und begleiten das Kind, bis wir sehen, wo es sich einfügen kann.

Welche Rolle spielen die Unterstützung und das Engagement lokaler Gemeinden, um die Bedürfnisse von Kindern in Ländern mit niedrigem Einkommen zu erfüllen?

Die umliegende Gemeinde ist unverzichtbar. Meist sind es Sozialarbeiter*innen von hier, die bedürftige Kinder identifizieren und zu uns schicken. Es ist auch die Gemeinde, die Zeuge von Missbrauch wird und diesen meldet. Gelegentlich erhalten wir auch Kleider- oder Lebensmittelspenden aus der Gemeinde, die wir im Kinderdorf verteilen. Diese Gemeinschaft ist unser soziales Sicherheitsnetz.

Wie arbeitet Ihr Dorf mit der örtlichen Gemeinschaft zusammen?

Seit kurzem leben Familien aus der Gemeinde im Kinderdorf. Wir haben einige Familienhäuser an sie vermietet. Im Gegenzug

sind die SOS-Familien, die dort gewohnt haben, in die Gemeinde gezogen. Dieser Schritt bietet den Kindern viel Raum zur Interaktion. Die Kinder aus dem Kinderdorf haben auch regelmäßig Kontakt zu Kindern, die im Rahmen des Familienstärkungsprogramms (FSP) – des anderen Hauptprogramms von SOS – gefördert und innerhalb ihrer Herkunftsfamilien in der Gemeinde unterstützt werden. Und dann mischen sie sich natürlich auch in der Schule oder in der Kirche unter die Gemeinschaft.

Das ist wichtig, denn nur so lernen sie, wie das Leben außerhalb von SOS aussieht. Im Kinderdorf kennen sie nur unsere Einrichtung – eine Mutter, zehn Kinder. Durch den Kontakt mit der lokalen Gemeinde lernen sie mehr über die Probleme anderer Familien, deren Lebensweise – und die kenianische Kultur allgemein.

Wie wirkt sich die Betreuung in den ersten Lebensjahren langfristig auf die Entwicklung der Kinder aus?

Die Kinder ziehen mit einer guten Grundlage für ein stabiles und gesundes Leben aus SOS aus: Sie hatten von Anfang an ein Dach über dem Kopf, Nahrung, Kleidung, medizinische Versorgung und Bildung. Sie sollten also das Zeug dazu haben, ihren Weg zu gehen, einen Job zu finden, eine Familie zu gründen und ein produktives Mitglied der Gesellschaft zu werden.

Ist das SOS-Modell ein Vorbild für die Kinderbetreuung weltweit?

Auf jeden Fall. Es gibt so viele Kinder auf der Welt, die verlassen wurden, verwaist sind oder deren Familie sich nicht um sie kümmern kann. Sie brauchen einen Ort, an den sie gehen können, ein sicheres Zuhause, in das sie sich zurückziehen können. Dort wissen sie, dass es jemanden gibt, der sie aufnimmt und sich von Anfang an um sie kümmert. Das sind die SOS-Betreuer*innen. Das ist eine ganz besondere Rolle. Aber ich glaube, es gibt überall auf der Welt Menschen, die die Gabe haben, sich um Kinder zu kümmern, die nicht ihre eigenen sind. Mit SOS können sie diese Gabe nutzen, um Kindern ein besseres Leben zu geben.



JANE NAFULA ist SOS-Mutter im SOS-Kinderdorf in Nairobi.
<https://www.sos-childrensvillages.org/>

SPRACHERWERB

Vernachlässigte Sprachförderung

Inklusion und Bildungserfolg hängen maßgeblich vom Spracherwerb ab. In vielen Kitas in Deutschland spielt Sprachförderung aber noch eine untergeordnete Rolle. Das trifft vor allem Kinder mit Migrationsgeschichte.

Von Leon Kirschgens

Kinder haben das Recht auf Bildung und freie Entfaltung. Wenn sie frühzeitig lernen, eine Sprache gut zu sprechen, eröffnet ihnen das Chancen für ihr weiteres Leben. Im deutschen Kitaalltag, geprägt von einem Mangel an Kitaplätzen und Fachkräften, bleibt Erzieher*innen aber oft nur Zeit für das Nötigste. Gezielte Sprachförderung existiert zwar, kommt aber zu selten vor.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert seit 2016 die sprachliche Bildung in zuletzt 6000 sogenannten Sprach-Kitas, also in jeder zehnten deutschen Kita. Das Programm soll allen Kindern zugutekommen, insbesondere aber solchen mit nichtdeutscher Familiensprache und aus bildungsbenachteiligten Familien. Finanziert werden zum einen Fachkräfte, die in den Kitas arbeiten;

zum anderen externe fachliche Beratung und Fortbildung.

Eine dieser Sprach-Kitas ist die Kita St. Fronleichnam in Aachen. Laut ihrem Leiter Martin de Lange sprechen 90 Prozent der Kinder Deutsch nicht als Muttersprache. Um ihnen die Sprache näherzubringen, sprechen Erzieher*innen mit ihnen bei alltäglichen Routinen, etwa beim Spielen, Essen oder Toben im Garten. Sie kommunizieren auch mit Gestik und Mimik und ermutigen die Kinder durch offene Fragen, im Dialog ihre Gedanken in Worte zu fassen. „Nur dann gelingt es Kindern, ihre Sprache als bedeutsam zu erfahren“, sagt Gabriele Grobusch, die als Fachberaterin in Aachen Sprach-Kitas betreut.

Trotz des hohen Personalbedarfs könnten manche Sprach-Fachkräfte ihre Kitas allerdings bald verlassen. Denn bis jetzt ist für viele ungewiss, ob ihr Vertrag verlängert wird. Im Juni 2023 lief die Förderung des Bundes aus, seitdem sind die Länder verantwortlich. Zwar haben alle Länder die Förderung bis Ende dieses Jahres übernommen, doch ist längst nicht überall klar, wie es 2024 weitergeht. Das trifft auch die Kita

von Martin de Lange: Das zuständige Bundesland Nordrhein-Westfalen hat zwar angekündigt, das Programm auch 2024 weiterführen zu wollen, allerdings Stand Mitte November noch keine offizielle Förderzusage gegeben.

Das Aus der Förderung auf Bundesebene stößt auch aus einem weiteren Grund auf Kritik. „Es sendet ein fatales Signal, dass ausgerechnet ein Förderprogramm beendet wird, das im Unterschied zu vielen anderen Ansätzen so wirksam ist“, sagt Grobusch. „Es scheint nicht durchzudringen, wie sehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe von den ersten Jahren in den Krippen und der Kita abhängen und welchen fundamentalen Einfluss Sprache darauf hat.“

KITAS HABEN BILDUNGSauftrag

Am größten sind die Nachteile für Kinder mit schwierigen Ausgangsbedingungen. Sie stammen oft aus Familien mit geringer Bildung und wenig Geld. Häufig spielt eine Migrationsgeschichte eine Rolle. Das Umfeld dieser Kinder kann oft nicht dabei helfen, ihren sprachlichen Rückstand auszugleichen.

Hinter dieser Chancengerechtigkeit stehe eine noch grundlegendere Schwäche der frühkindlichen Betreuung in Deutschland, argumentiert Grobusch. Es werde nicht ernst genug genommen, dass Kitas einen eigenen Bildungsauftrag haben und die Bildungs- und Entwicklungsprozesse der Kinder individuell unterstützen sollen. „Es geht darum, Neugier zu wecken. Und zwar vor der Einschulung“, sagt Grobusch. „Dabei ist Sprache der Schlüssel, ohne sie geht es nicht. Nur mit ihr können Kinder stabile soziale Bindungen aufbauen, sich als selbstwirksam erfahren und Kompetenzen entwickeln.“

Wohin Sprachdefizite führen können, zeigt der IQB-Bildungstrend 2022, eine Studie zu Fähigkeiten von Schüler*innen in Deutschland. Demnach schnitten Kinder mit Migrationsgeschichte in der 9. Klasse im Fach Deutsch durchschnittlich schlechter ab als solche ohne. Das gilt insbesondere für Kinder der ersten Generation, die im Ausland geboren und nach Deutschland zugewandert sind. Die Autor*innen führen dies auf das Sprachdefizit der Kinder zurück, das teilweise mit dem Bildungshintergrund und der Häufigkeit zusammenhänge, mit der in Familien Deutsch gesprochen werde.



Sprachförderung in der Kita St. Fronleichnam in Aachen.

Bei aller Kritik hat für Grobusch in den vergangenen Jahren in Deutschland dennoch ein positiver Sinneswandel stattgefunden. Mehrsprachigkeit werde heute zunehmend als Chance für Kinder wahrgenommen und gefördert. „Lange wurde die fremde Muttersprache als Hindernis betrachtet in der Sorge, beide Sprachen zu sprechen, aber keine so richtig“, sagt Grobusch. Heute bestärke sie Eltern darin, zu Hause jene Sprache zu sprechen, in der sie sich sicher fühlen – meist ist dies die Muttersprache. „Nur so können sie den Kindern ein reichhaltiges Sprachangebot machen. Die Kinder erfahren Wertschätzung gegenüber der Familiensprache und so Kompetenzen in beiden Sprachen“, erklärt sie.

Manche Eltern melden ihr Kind gar nicht erst in der Kita an, obwohl es in Deutschland seit zehn Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Platz in Kita oder Tagespflege ab dem vollendeten ersten Lebensjahr gibt. Sei es, weil sie Vorbehalte gegenüber

dem deutschen Kitasystem hegen, es nicht der Kultur ihres Heimatlandes entspricht oder der Kitabeitrag eine finanzielle Hürde ist. „Ein beitragsfreies Jahr wäre ein hoher Anreiz insbesondere für Familien, für die der Kitabeitrag mit darüber entscheidet, ihr Kind überhaupt in die Kita zu schicken“, sagt Diemut Kucharz, Professorin für Erziehungswissenschaften an der Universität Frankfurt. Würden im zweiten Jahr Gebühren anfallen, könnten die Eltern ihr Kind immer noch herausnehmen. „Dann aber ist die Hürde deutlich höher – insbesondere, wenn sich im ersten Jahr abzeichnet, wie sinnvoll der Kitabesuch sowohl für die Eltern als auch das Kind ist“, sagt Kucharz.

Zudem können Programme helfen, in denen Kinder auch außerhalb der Kita in ihrem gesamten Alltag sprachlich gefördert werden, vor allem zu Hause. Im sogenannten Rucksack-Projekt werden etwa Eltern mit Migrationsgeschichte in mehreren Monaten zu „Stadtteileltern“ ausgebildet, die

wiederum andere Eltern dazu anleiten, wie sie ihre Kinder mehrsprachig erziehen und in der Familiensprache gemeinsam singen, lesen und spielen können. In der Kita behandeln die Erzieher*innen auf Deutsch dann dieselben Themen wie die Eltern in ihrer Familiensprache zu Hause.

Kitaleiter Martin de Lange hofft, dass Sprachförderung und Inklusion sich in Deutschland weiter verbessern. „Noch gehören wir nur zu einem kleinen Teil aller Kitas, die eine Sprachfachkraft haben und Sprachförderung in den Mittelpunkt stellen können“, sagt er. „Dabei ist es für uns als Gesellschaft so elementar, dass Förderungen dieser Art zum Standard für alle Kitas gleichermaßen werden sollten.“



LEON KIRSCHGENS
ist freier Journalist und lebt in Aachen.

leon@kirschgens.de

Weshalb Kitas so wichtig sind

In Ländern mit hohem Einkommensniveau sind Familien eher klein, sodass Kinder nicht viele Geschwister zum Spielen haben. Kindertagesstätten ermöglichen ihnen wichtige Interaktionen mit Gleichaltrigen, die ihre Interessen teilen. So lernen die Kinder, zu kooperieren und Beziehungen aufzubauen.

Insbesondere in urbanen Ballungsräumen sind die Möglichkeiten für Kinder, viel Zeit im Freien zu verbringen, tendenziell begrenzt. Eine gute Kita hat Außenanlagen, mit Möglichkeiten zum Spielen, Toben und Klettern. Das ist gut für die körperliche und geistige Gesundheit der Kinder.

Oft sind beide Elternteile berufstätig und brauchen dementsprechend einen Ort, an dem ihr Nachwuchs betreut wird, während sie arbeiten. In

der öffentlichen Debatte wird gern auch die Notwendigkeit betont, Frauen die Möglichkeit zu geben, Kinder und Karriere zu vereinbaren. Von konservativer Seite ist in diesem Zusammenhang die Befürchtung zu hören, dies bedeute, dass

Mütter ihre Kinder vernachlässigten. Die allgemeine Erfahrung zeigt jedoch: Es schadet den Kleinen nicht, jeden Tag für einige Zeit von ihren Eltern getrennt zu sein, und sie gewöhnen sich schnell daran. Sie brauchen ihre Eltern – aber nicht ständig. Ein längerer regelmäßiger Austausch mit Gleichaltrigen ist jedoch sehr wichtig.



Kinder und Betreuer spielen in einer Kita in Halle (Saale).

Schließlich spielt gute Vorschulerziehung eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung der Kinder auf die Schule. Geschichten erzählen, Spiele spielen, Bilder malen – all das stimuliert die Kinder und lehrt sie Dinge, die ihnen später nützen werden. Kinder aus Migrantenfamilien lernen zum Beispiel die Landessprache als zweite Muttersprache. Grundsätzlich bieten gut geführte Kitas mehr Möglichkeiten und Anreize für Kinder, als es Eltern allein leisten könnten. Davon profitieren vor allem Kinder aus ärmeren Familien.

In entwickelten Ländern zeigt die Erfahrung, dass soziale Inklusion am besten funktioniert, wenn sie sehr früh im Leben beginnt. In Deutschland gilt daher seit 2013 das Recht auf einen Kitaplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Auch die Tatsache, dass dies vielen Müttern ermöglicht, arbeiten zu gehen, kann zur sozialen Inklusion hinzugezählt werden.

E+Z/D+C

In Mexiko fordern Protestierende eine konsequentere Strafverfolgung.

Seite 4



Foto: picture-alliance/NurPhoto/Eyepix